



ROMANO CENTRO
VEREIN FÜR ROMA



**Monitoringbericht der Zivilgesellschaft über die
Qualität des nationalen strategischen Rahmens
zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der
Roma in Österreich**

November 2025

Funded by the



Dieser Bericht wurde von Mag.^a Michaela Schipper-Schauer (Vorstandsmitglied) und Mag. Dejan Segic (Projektmitarbeiter) vom Verein Romano Centro verfasst. Wir danken allen Interviewteilnehmer*innen, die durch ihre Beiträge ermöglicht haben, dass der Bericht eine Vielzahl von Perspektiven zur Situation in Österreich abbilden kann.

Der Bericht wurde im Rahmen der Initiative „[Preparatory Action – Roma Civil Monitoring – Strengthening capacity and involvement of Roma and pro-Roma civil society in policy monitoring and review](#)“ erstellt. Diese wird von einem Konsortium unter der Leitung des Democracy Institute der Central European University (DI/CEU) umgesetzt, dem das European Roma Grassroots Organisations Network (ERGO Network), die Fundación Secretariado Gitano (FSG) und das European Roma Rights Centre (ERRC) angehören. Die Initiative wurde von der Generaldirektion Justiz und Verbraucher (DG Just) der Europäischen Kommission im Rahmen des Dienstleistungsvertrags Nr. JUST/2020/RPAA/PR/EQUA/0095 finanziert.

Der Bericht gibt die Erkenntnisse der Autor*innen wieder und entspricht nicht notwendigerweise den Ansichten des Konsortiums oder der Europäischen Kommission, die für die Nutzung der enthaltenen Informationen keine Verantwortung übernimmt.

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	4
ZUSAMMENFASSUNG	5
EINLEITUNG	7
1. IMPLEMENTIERUNG DER NRSF	8
1.1. Zentrale Entwicklungen und Wirksamkeit der Umsetzung	8
1.1.1. Änderungen in der NRSF.....	8
1.1.2. Fortschritt bei der Umsetzung.....	8
1.1.3. Wirksamkeit des Monitorings	8
1.1.4. Datenerhebung.....	9
1.2. Synergien des NRSF mit nationalen und EU-Maßnahmen.....	9
1.2.1. Ergänzende Strategien	10
1.2.2. Angleichung an EU-Maßnahmen.....	10
1.2.3. Berücksichtigung von Anliegen aus früheren Bewertungen	10
1.3. Beteiligung von Rom*nja an Implementierung und Monitoring	11
1.3.1. Beteiligung von Roma-Zivilgesellschaftsorganisationen (NGOs) an der Umsetzung ...	11
1.3.2. Rom*nja in öffentlichen Einrichtungen, die die NRSF umsetzen	12
1.3.3. Beteiligung von Rom*nja an Monitoring und Evaluation	12
1.3.4. Beitrag der Nationalen Roma-Plattform zur Umsetzung der NRSF	13
2. ÜBERSICHT NACH THEMENBEREICHEN	14
2.1. Bekämpfung von Antiziganismus und Diskriminierung.....	14
2.2. Bildung	17
2.3. Beschäftigung	21
2.4. Gesundheit.....	23
2.5. Wohnraum, grundlegende Dienstleistungen und Umweltgerechtigkeit.....	25
2.6. Soziale Absicherung	26
2.7. Soziale Dienstleistungen.....	27
2.8. Kinderschutz.....	27
2.9. Förderung (der Bewusstseinsbildung) der Roma-Kunst, -Kultur und – Geschichte.....	28
3. FOKUS AUF ZENTRALE PROBLEMBEREICHE, DIE ROM*NJA BETREFFEN....	29
3.1. Zuweisung von Roma-Schüler*innen zu Sonderschulen.....	29
3.2. Barrieren und erfolgreiche Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von Rom*nja..	30
SCHLUSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN.....	34
REFERENZEN.....	36
ANNEX: LISTE DER PROBLEMBEREICHE UND RAHMENBEDINGUNGEN.....	38

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EURSF	Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Rom*nja
NRSF	Nationale Strategie zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Rom*nja
OeAD	Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung
RCM	Roma Zivil Monitoring
SENSIRO	Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich
SORA	SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger GmbH

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Bericht behandelt die Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung der österreichischen Roma-Strategie mit Schwerpunkt auf Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma-Gemeinschaften. Einige positive Schritte wurden gesetzt, darunter Studien, Antidiskriminierungsberichte und verschiedene Aktivitäten zur Inklusion von Rom*nja. Nichtsdestotrotz halten Diskriminierung und negative Darstellungen in den Medien, insbesondere in ländlichen Gebieten, weiterhin an. Seit der Aktualisierung der österreichischen Roma-Strategie im Jahr 2021 sind keine wesentlichen Änderungen oder Erweiterungen in der politischen Ausrichtung erfolgt.

Der Strategie fehlen klare quantitative Bewertungskriterien, was eine Messung ihrer Wirksamkeit erschwert. Darüber hinaus ist die Strategie in der Roma-Bevölkerung selbst weitgehend unbekannt. Mehrere in früheren Berichten ausgesprochene Empfehlungen – wie die Entwicklung messbarer Indikatoren, die Einstellung von Fachpersonal zur Umsetzung und Kontrolle sowie die Stärkung des Bewusstseins innerhalb der Zivilgesellschaft – wurden bislang nicht umgesetzt.

Während Österreich gewisse Fortschritte erzielt hat – etwa durch partizipative Forschung (z. B. die SENSIRO-Studie), Beschäftigungs- und Bildungsprojekte sowie eine stärkere Ausrichtung an der EU-Roma-Politik – bestehen weiterhin erhebliche Lücken. Die SENSIRO-Erhebung erhielt umfangreiches Feedback aus den Roma-Gemeinschaften. Zu den Kernforderungen gehören Antidiskriminierungsworkshops, strengere Sanktionen, inklusivere Bildung, Förderung der Romani-Sprache, offene Gemeinschaftsräume, psychologische Unterstützung und Notunterkünfte. Diskriminierung, insbesondere Antiziganismus, betrifft Roma weiterhin in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnen und Gesundheitsversorgung. Zentrale Hürden stellen die komplexe Verwaltung des Europäischen Sozialfonds (ESF) und die begrenzten Kapazitäten kleiner, von Rom*nja geführter Organisationen dar. Die Mehrheit der Rom*nja kennt die Strategie nicht (nur 36 % sind informiert, überwiegend Männer in Ostösterreich).

Zu den Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus zählen öffentliche Veranstaltungen, Sensibilisierungsprogramme und rechtliche Reformen. Allerdings wurden noch keine beratenden Gremien eingerichtet, und es fehlen weiterhin Daten zu Roma-spezifischen Hassverbrechen. Bildungsungleichheiten bestehen fort – etwa durch hohe Abbruchquoten, der Unterbringung von Roma-Kindern in Sonderschulen und den eingeschränkten Zugang zum Romani-Sprachunterricht. Beschäftigungsinitiativen, die hauptsächlich von großen zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt werden, sind vielversprechend, aber von Rom*nja geführte Organisationen sehen sich mit bürokratischen Hürden konfrontiert, die ihre Beteiligung einschränken. Der Zugang zum Gesundheitswesen ist nach wie vor aufgrund von Sprach- und Alphabetisierungsbarrieren erschwert.

Die Beteiligung der Roma-Zivilgesellschaft nimmt zwar zu, wird jedoch weiterhin durch Informationsdefizite, administrative Komplexität und einen begrenzten Einfluss in Entscheidungsplattformen eingeschränkt. Der Bericht fordert daher mehr politischen Willen, gezielte Maßnahmen, eine breitere Reichweite sowie eine nachhaltige Finanzierung. Roma-NGOs sind insbesondere im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung über die Roma-Dialogplattform in entsprechende Initiativen eingebunden.

Der vorliegende Bericht bewertet darüber hinaus die Fortschritte Österreichs bei der Bekämpfung von Antiziganismus und der Förderung der Inklusion von Rom*nja im Rahmen des Nationalen Roma-Strategierahmens (NRSF). Zu den zentralen Entwicklungen zählen:

1. Antiziganismus und Sensibilisierung: Es gab Bemühungen, das Bewusstsein für die Geschichte der Rom*nja zu schärfen, etwa durch das Programm „Erinnern:at“ und den Internationalen Tag der Romna/Roma. Die Einrichtung von beratenden Gremien zur Bekämpfung von Antiziganismus ist jedoch bislang nicht erfolgt. Einige Ausstellungen zur Kultur und Geschichte der Rom*nja wurden organisiert, jedoch wurde die Wiederaufnahme der Ausstellung *Romane Thana* bisher nicht umgesetzt. Diskriminierung besteht weiterhin, und das Fehlen einer umfassenden nationalen Strategie gegen Rassismus und Diskriminierung behindert weitere Fortschritte.
2. Diskriminierung und Hassverbrechen: Fälle von Diskriminierung – insbesondere durch die Polizei und im Bildungswesen – gegenüber Rom*nja sind weiterhin weit verbreitet. Die österreichische Regierung hat Maßnahmen zur Bekämpfung von Hasskriminalität ergriffen, darunter Schulungen für Polizeibeamt*innen und neue Gesetze gegen Hassrede. Dennoch bestehen weiterhin

Herausforderungen, insbesondere bei der gezielten Auseinandersetzung mit roma-spezifischen Problemen.

3. Bildung: Roma-Kinder sind mit Bildungsungleichheiten konfrontiert, etwa durch frühzeitige Schulabbrüche und die fälschliche Zuweisung in den Sonderschulbereich. Diskriminierung an Schulen – insbesondere in Schulen mit geringerer Bildungsqualität in bestimmten Regionen – besteht weiterhin. Zwar wurden einige Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen für Rom*nja ergriffen, doch sind gezieltere Maßnahmen erforderlich.
4. Beschäftigung: Der Arbeitsmarkt stellt für Roma nach wie vor eine große Herausforderung dar. Projekte wie *Empowerment für Roma* zielen darauf ab, Roma den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dennoch hält die Diskriminierung am Arbeitsplatz an, und es gibt keine spezifischen Programme für junge Rom*nja im Arbeitsmarktservice.
5. Gesundheitsversorgung: Das Gesundheitssystem geht nicht ausreichend auf die spezifischen Bedürfnisse der Rom*nja ein, insbesondere was den Zugang zu Informationen und die Gesundheitskompetenz betrifft. Empfehlungen zur Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung – wie die Ausbildung von Roma-Gesundheitsmediator*innen – wurden bislang nicht vollständig implementiert.
6. Wohnen und Sozialleistungen: Rom*nja sind im Bereich Wohnen Diskriminierungen ausgesetzt und haben Schwierigkeiten beim Zugang zu Sozialleistungen. Studien zeigen, dass es bei der Vermietung von Wohnungen zu einer hohen Diskriminierungsrate kommt und Roma-Migrant*innen häufig durch das Sozialhilfesystem fallen. Roma-Organisationen helfen bei Vermittlungs- und Wohnungsfragen, jedoch bedarf es systematischerer Unterstützung.

Rom*nja, die stark von Armut betroffen sind, bleiben in den Strategiepapieren und Maßnahmen weiterhin unterrepräsentiert. Sowohl Studien als auch Expert*innen weisen jedoch darauf hin, dass Armut und existentielle Not die Realität vieler Rom*nja prägen. Armut lässt sich nicht auf einzelne Bereiche wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheit oder Wohnen beschränken, sondern erfordert eine sektorübergreifende Perspektive und einen ganzheitlichen Ansatz. Neben materieller und sozialer Not haben Betroffene oft mit einem ungünstigen Aufenthalts- oder Rechtsstatus zu kämpfen, der sie vom Zugang zu sozialen Unterstützungsleistungen ausschließt. Obdachlosigkeit sowie armutsbedingte Not- und Zwangsmigration spielen im Leben vieler von extremer Armut betroffener Menschen eine zentrale Rolle.

7. Kinderschutz: Roma-Kinder sind überdurchschnittlich von Schulabbrüchen und Segregation betroffen. Obwohl der Kinderschutz in Österreich eine nationale Priorität darstellt, existieren keine spezifischen Leitlinien, die diese Problemlagen in Bezug auf Rom*nja gezielt adressieren.
8. Kulturelles Bewusstsein: Es gibt einige positive Initiativen zur Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte der Rom*nja, darunter Veranstaltungen und Festivals, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Dennoch besteht weiterhin ein Bedarf an einer breiteren Implementierung von Roma-bezogenen Bildungsinhalten in Schulen, um Vorurteile nachhaltig abzubauen.

EINLEITUNG

Dieser Bericht beschreibt die Umsetzung der österreichischen Nationale Strategie zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Rom*nja (NRSF). Im Jahr 2023 empfahl die RCM (Roma Zivil Monitoring) den Behörden konkrete Prioritäten, die zur Umsetzung der NRSF beitragen sollten.¹ Im vorliegenden Bericht 2025 werden die seither ergriffenen Maßnahmen bewertet – sowohl im Hinblick auf den Prozess der Beteiligung von Rom*nja als auch in Bezug auf die Umsetzung von politischen Maßnahmen zur Förderung von Inklusion und Nichtdiskriminierung in verschiedenen Sektoren.

Österreich hat die NRSF am 12. März 2021 schriftlich verabschiedet. Mit der Vorlage durch den Ministerrat am 7. April 2021 wurde die NRSF aktualisiert und am 30. September 2021 der Europäischen Kommission vorgelegt.² Die aktuelle „Strategie zur Fortsetzung der Inklusion der Roma in Österreich“ stellt eine Aktualisierung und Erweiterung der Strategie aus dem Jahr 2017 dar. Sie enthält zudem alle Prioritäten des EU-Rahmenplans für Roma 2020–2030 (EURSF) – Bekämpfung von Antiziganismus, eine verstärkte Beteiligung sowie gezielte Förderung von Roma-Jugendlichen, Roma-Frauen und Mädchen. Die österreichische Regierung hatte während ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2018 maßgeblich an der Festlegung der Strategie und der spezifischen Maßnahmen gegen Antiziganismus mitgewirkt.³

Seit 2021 wurde die NRSF weder verändert noch erweitert. Während der EURSF quantitative Messkriterien mit Mindestzielen für 2030 vorsieht, fehlen diese in der NRSF nach wie vor.⁴

Das Fehlen quantitativer oder qualitativer Indikatoren sowie ein klarer Zeitrahmen erschwert die Erfolgsmessung der Strategie erheblich. Im Hinblick auf die Maßnahmen gegen Antiziganismus empfahlen Roma-Aktivist*innen Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen (wie Medien, Bildungseinrichtungen etc.), um das Ziel der Inklusion von Rom*nja in Europa zu erreichen. Zwar sind gewisse Fortschritte erkennbar, insbesondere durch die Beauftragung spezifischer Studien zu Antirassismus, doch lässt sich kein konkreter Fortschritt im Bereich Antiziganismus feststellen.⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Umsetzung der NRSF in Österreich ein noch nicht abgeschlossenes Projekt ist und kontinuierliche Anstrengungen unternommen werden, um die Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Wohnen anzugehen. Regelmäßiges Monitoring, die Einbeziehung der Gemeinschaft und internationale Zusammenarbeit sind für einen langfristigen Erfolg unerlässlich. Obwohl einige Verbesserungen erzielt wurden, ist es von großer Bedeutung, verstärkt Aufmerksamkeit auf systemische Diskriminierung zu lenken und gezielte Interventionen zu setzen, um die Integration der Rom*nja in Österreich voranzutreiben.

¹ RCM / Romano Centro. (2022). *Civil Society Monitoring Report on the Quality of the National Strategic Framework for Roma Equality, Inclusion, and Participation in Austria*. Abrufbar unter: <https://romacivilmonitoring.eu/countries/austria/>

² Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 – Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

³ Bundeskanzleramt Österreich. (2019). *Conference on Antigypsyism - How to address Antigypsyism in a post-2020 EU Roma Framework - Expert Recommendations*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

⁴ European Commission. (2020). *A new EU Roma Strategic Framework – Factsheet*. Abrufbar unter: https://commission.europa.eu/system/files/2020-10/factsheet_-_a_new_eu_roma_strategic_framework_en.pdf

⁵ Zara. (2022). *Antirassismusreport*. Abrufbar unter: https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2022.pdf?mc_cid=3d2c6925c1&mc_eid=189739dd4d

1. IMPLEMENTIERUNG DER NRSF

1.1. Zentrale Entwicklungen und Wirksamkeit der Umsetzung

1.1.1. Änderungen in der NRSF

In den letzten zwei Jahren sind keine wesentlichen neuen politischen Entwicklungen zu verzeichnen.⁶

Die österreichische Regierung beauftragte die Universität Wien mit der Durchführung einer partizipativen Studie zur Bewertung von Maßnahmen zur Stärkung der Rom*nja – die SENSIRO-Studie.⁷ Diese Studie erfasst die zentralen Dimensionen des EURSF und der österreichischen NRSF, darunter Roma-Partizipation, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Armut, Empowerment, Diskriminierung und historisches Gedenken. Dadurch konnte eine Kontrollinstanz geschaffen werden, was darauf hinweist, dass künftig konkretere (qualitative und quantitative) Indikatoren entwickelt werden können.

1.1.2. Fortschritt bei der Umsetzung

Der SENSIRO-Bericht zeigt, dass die NRSF zwar ein klares Bekenntnis zur Inklusion von Rom*nja formuliert, seine Umsetzung jedoch fragmentiert und uneinheitlich erfolgt ist. Trotz der breiten Anerkennung der strategischen Bedeutung durch relevante Akteur*innen ist vielen Roma-Gemeinschaften die Existenz der Strategie nicht bekannt.

Partizipationsmechanismen wie die Roma-Dialogplattform werden als sinnvoll wahrgenommen, erreichen jedoch nur einen begrenzten Teil der Roma-Bevölkerung – insbesondere jene, die bereits in etablierten Einrichtungen aktiv sind. Eine breitere Einbindung der Gemeinschaft sowie die gemeinsame Gestaltung von politischen Maßnahmen sind bislang kaum entwickelt und schränken eine wirkungsvolle Inklusion ein.

In der Praxis bleibt der Zugang zu Bildung und Beschäftigung für Rom*nja ungleich. Sie sind weiterhin mit strukturellen Barrieren konfrontiert, etwa Diskriminierung in Schulen, Überrepräsentation in Sonderschulen und prekären Arbeitsverhältnissen. Während durch den ESF geförderte Projekte auf lokaler Ebene positive Wirkungen zeigen, werden diese häufig von großen zivilgesellschaftlichen Organisationen dominiert, wobei Roma-geführte Organisationen aufgrund bürokratischer Hürden und eingeschränkter Finanzierungsmöglichkeiten nur begrenzt beteiligt sind. Ebenso ist der Zugang zu Gesundheits- und Wohnungsangeboten für viele Rom*nja aufgrund sprachlicher, rechtlicher und sozialer Barrieren erschwert. Dies verdeutlicht das Fehlen gezielter und nachhaltiger Maßnahmen auf lokaler Ebene.

Für eine nachhaltige Inklusion von Rom*nja sind gezielte politische Maßnahmen sowie ein Wandel im breiteren sozialpolitischen und institutionellen Rahmen erforderlich. Dazu zählen die Bekämpfung von Antiziganismus durch institutionelle Reformen, öffentliche Bildungsarbeit und wirksame Antidiskriminierungsmechanismen. Zudem fehlen bislang nachhaltige Finanzierungsstrukturen, transparente Entscheidungsprozesse und die institutionelle Verankerung von Roma-Perspektiven auf allen Ebenen der Verwaltung. Ohne diese Veränderungen droht Österreich, trotz formaler politischer Bekenntnisse, die strukturelle Ausgrenzung von Rom*nja fortzuschreiben.

1.1.3. Wirksamkeit des Monitorings

Um das Ziel der SENSIRO-Studie zu erfüllen, die Perspektiven der Zielgruppen möglichst umfassend und differenziert darzustellen, wurde im Rahmen der Evaluierung der Strategie eine österreichweite, groß angelegte Befragung durchgeführt. Diese Erhebung trug wesentlich dazu bei, die Strategie mit den tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen in Verbindung zu bringen.

⁶ Reinprecht, Ch., Walch, N., & Nardai, T. (2022). *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, Universität Wien. Abrufbar unter: <https://sensiroprojekt.univie.ac.at/>

⁷ Ebenda.

Die Ergebnisse der Befragung werden in thematischen Zusammenhängen an verschiedenen Stellen des Berichts in empirischen Zwischenkapiteln dargestellt. Sie liefern sowohl Informationen zu allgemeinen Einschätzungen und Sichtweisen als auch zu der Bedeutung von Einflussfaktoren wie sozialem Status, Bildung, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Familiensituation und subjektiven Einstellungen in all diesen Themenbereichen.⁸

Am Ende der SENSIRO-Befragung wurden Rom*nja in ganz Österreich um Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lebenssituation und zur Weiterentwicklung der Strategie gebeten. Das Feedback zeigt ein hohes Maß an Engagement für soziale Gerechtigkeit und umfasst eine Vielzahl an Forderungen. Ein zentrales Thema war der Kampf gegen Diskriminierung. Gefordert wurden verpflichtende Anti-Diskriminierungs-Workshops für Mitarbeiter*innen in Institutionen und öffentlichen Einrichtungen sowie strengere Sanktionen bei rassistischer Diskriminierung – auch im Internet. Zudem wünschen sich viele Rom*nja mehr Schulprojekte und kulturelle Veranstaltungen, die den Dialog mit der Mehrheitsgesellschaft fördern.

Im Bereich Bildung wurden die Ausweitung von Lernfördermaßnahmen und Schulmediationsprojekten – insbesondere außerhalb Wiens – vorgeschlagen. Auch mehr muttersprachliche Lehrer*innen sowie Alphabetisierungskurse wurden gefordert. Der Zugang zu Romani-Sprachunterricht und spezifischen Bildungsprojekten für Frauen sollte ebenfalls verbessert werden.

Weitere wichtige Bereiche sind Empowerment und kulturelle Stärkung. Besonders hervorgehoben wurden Romani-Sprachkurse und identitätsstärkende Programme für junge Rom*nja. Es besteht ein großer Wunsch nach offenen, niedrigschwelligen Begegnungsräumen innerhalb der Roma-Community und mit der Mehrheitsgesellschaft.

Im Bereich der sozialen Absicherung wurde insbesondere der Bedarf an Notunterkünften, niedrigschwelliger psychologischer Unterstützung und ganzheitlicher Beratung hervorgehoben.⁹

1.1.4. Datenerhebung

Hinsichtlich der Merkmale der Befragten in der SENSIRO-Studie zeigen sich deutliche Unterschiede in der Bewertung der Handlungsfelder. Jüngere Personen, Befragte mit höherer Bildung, Personen aus Wien und dem Burgenland sowie Zugewanderte betonen besonders die Relevanz von Schule, Bildung und Ausbildung. Beim Thema Arbeit und Beschäftigung wird deutlich, dass Erwerbstätige und Personen mit höherem Bildungsniveau diese Bereiche vorrangig gewichten. Ein höheres Bildungsniveau beeinflusst zudem die Einschätzung der Bedeutung des Kampfes gegen Antiziganismus sowie der Stärkung von Roma-Jugendlichen, Roma-Frauen und Roma-Organisationen. Das Thema Gesundheit wird häufiger von älteren Befragten über 60 Jahren und Personen mit Migrationshintergrund genannt. Der Bereich Wohnen wird verstärkt von Personen aus den westlichen Bundesländern sowie von Befragten mit niedrigerem Einkommen hervorgehoben.¹⁰

1.2. Synergien des NRSF mit nationalen und EU-Maßnahmen

Österreich hat mehrere Maßnahmen umgesetzt, die mit den EU-Strategien zur Inklusion der Rom*nja im Einklang stehen – insbesondere basierend auf dem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Rom*nja bis 2020 sowie dem Strategischen Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma 2020–2030. Die Nationale Roma-Strategie (NRSF) wurde so gestaltet, dass er mit den zentralen Prioritäten der EU übereinstimmt: Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Wohnen und Bekämpfung von Diskriminierung.

⁸ Für die Umfrage wurden fast 400 Personen in ganz Österreich in persönlichen Gesprächen anhand eines standardisierten Fragebogens befragt. Die Zusammensetzung der Befragten erfolgte nach einem Stichprobenplan, bei dem mehrere Auswahlkriterien berücksichtigt wurden: Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Schulbildung. Zudem wurde auf eine realitätsnahe Verteilung nach Bundesländern geachtet.

Insgesamt führten 31 Personen die Befragung durch. Sie alle hatten Zugang zur befragten Zielgruppe und waren für ihre Tätigkeit geschult. Zwanzig der Interviewer*innen gehören selbst der Roma-Zielgruppe an. Jeder Schritt dieses Forschungsteils wurde in Zusammenarbeit mit dem Projektteam organisiert.

⁹ Reinprecht, Ch., Walch, N., & Nardai, T. (2022). *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, Universität Wien. Abrufbar unter: <https://sensiroprojekt.univie.ac.at/>

¹⁰ Ebenda.

Teilweise durch EU-Mittel finanziert, ermöglicht die Roma-Dialogplattform einen regelmäßigen Austausch und eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Verwaltung und der Roma-Zivilgesellschaft. Sie orientiert sich an den EU-Leitlinien zu Partizipation und Transparenz und trägt zur Gestaltung und Überwachung roma-bezogener Strategien und Maßnahmen bei.¹¹

Österreich hat über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) Beschäftigungs- und Bildungsprojekte für Rom*nja kofinanziert, die mit der Priorität der Europäischen Union zur sozioökonomischen Integration von Rom*nja im Einklang stehen. Projekte im Rahmen des Programms „Empowerment von Roma“ konzentrierten sich auf berufliche Qualifikation, Jobcoaching und die Entwicklung sozialer Kompetenzen („Soft Skills“). Diese Maßnahmen wurden häufig von großen Wohlfahrtsorganisationen (z. B. Caritas, Volkshilfe) umgesetzt.

1.2.1. Ergänzende Strategien

Ergänzend zu den EU-Zielen für inklusive Bildung unterstützte Österreich Initiativen wie die Roma-Schulmediation (z. B. durch Romano Centro) sowie informelle Bildungsfördermaßnahmen, darunter Sprachförderung und außerschulische Programme. Diese Maßnahmen sind jedoch bislang nicht durchgehend strukturell verankert oder langfristig finanziell abgesichert.¹²

Österreich setzte die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht um, insbesondere durch das Gleichbehandlungsgesetz. Nationale Bemühungen zur Bekämpfung von Antiziganismus umfassten unter anderem Sensibilisierungskampagnen und Workshops, die teilweise mit EU-Fördermitteln unterstützt wurden.¹³

1.2.2. Angleichung an EU-Maßnahmen

In den speziellen Leitlinien für Arbeitsmarktprojekte werden qualitative und quantitative Indikatoren in Übereinstimmung mit den Maßnahmen und Rahmenbedingungen der EU definiert.

Österreich hat der Europäischen Kommission über Fortschritte berichtet und an EU-weiten Evaluierungen teilgenommen. Zudem wurde die SENSIRO-Studie durchgeführt, um Daten zu den Erfahrungen und Bedürfnissen der Rom*nja zu erheben, was den Prioritäten der EU bei der Datenerhebung entspricht.

Österreich hat sich an den EU-Zielen zur Reduktion von Ungleichheiten im Gesundheits- und Wohnungsbereich orientiert, indem Rom*nja als Zielgruppe in allgemeinen Programmen zur sozialen Inklusion und Armutbekämpfung berücksichtigt wurden. Während spezifische Wohnprojekte nur in begrenztem Umfang umgesetzt wurden, gab es auf lokaler Ebene – etwa in Wien – einzelne Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Rom*nja zu Wohnraum.¹⁴

1.2.3. Berücksichtigung von Anliegen aus früheren Bewertungen

Vor allem die Beteiligung von Rom*nja an Evaluierungsprozessen wurde berücksichtigt, unter anderem durch die Einrichtung einer zwischengeschalteten Stelle im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) im Operationellen Programm.¹⁵

¹¹ European Union Agency for Fundamental Rights. (2020). *Roma and Travellers in Six Countries*. Abrufbar unter: <https://fra.europa.eu/en/publication/2020/roma-travellers-survey>

¹² Romano Centro Wien: *Projektbeschreibungen und Jahresberichte* (<https://www.romano-centro.org>)

¹³ Rechtsinformationssystem des Bundes. (2004). *Gleichbehandlungsgesetz (BGBI. I Nr. 66/2004)*. Abrufbar unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004515>

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Bundeskanzleramt Österreich. (2023). *30. Dialogplattform Roma-Strategie - 24. April 2023*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie/dialogplattform-roma-strategie/30-dialogplattform-24-april-2023.html>

Österreich stellte projektbezogene Fördermittel für Roma-Organisationen bereit, zumeist durch EU-Zuschüsse unterstützt. Die Nachhaltigkeit und die administrative Komplexität stellen jedoch weiterhin Herausforderungen dar. Der von der EU geforderte Kapazitätsaufbau wurde auf nationaler Ebene bislang nur teilweise umgesetzt.¹⁶

1.3. Beteiligung von Rom*nja an Implementierung und Monitoring

Eine bedeutende Entwicklung bei der Umsetzung der NRSF ist der verstärkte Fokus auf partizipative Prozesse.

Die SENSIRO-Studie zeigt, dass lokale Roma-Communitys, zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs) und Interessensvertretungen in die Entwicklung und Umsetzung lokaler Projekte beteiligt waren. Ihre Beteiligung ist insbesondere im Bereich Arbeitsmarktprojekte deutlich, wo spezielle Richtlinien mit quantitativen Indikatoren erarbeitet wurden. In verschiedenen Regionen Österreichs gibt es mehrere von Rom*nja geleitete oder pro-Roma-Initiativen, die auf die Integration der Rom*nja in den Arbeitsmarkt abzielen. Diese verfolgen in der Regel einen integrierten Ansatz, der unter anderem Sozialleistungen, Wohnraum, Schulbildung und Schuldenmanagement umfasst. Allerdings bleibt unklar, inwieweit diese Erfahrungen auf größere Strukturen übertragen werden können und ob sie künftig zu gezielten Maßnahmen führen, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Roma-Bevölkerung entsprechen.

Im Bereich der politischen Partizipation engagieren sich Mitglieder der Roma-Gemeinschaft sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene als politische Vertreter*innen. Besonders im Burgenland, einer Region mit traditionell hoher Konzentration autochthoner Rom*nja, sind Rom*nja politisch aktiv. Leider konnten im Rahmen dieser Untersuchung keine Rom*nja identifiziert werden, die in öffentlichen Institutionen tätig sind, die für die Umsetzung der NRSF in Österreich verantwortlich sind. Die Dialogplattform in Österreich vereint Vertreter*innen verschiedener Roma-Vereine sowie Repräsentant*innen staatlicher Stellen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Expert*innen aus Wissenschaft und Forschung ein. Die Treffen finden in unregelmäßigen Abständen unter der Leitung der Nationalen Roma Kontaktstelle statt. Zu den Aufgaben der Roma-Dialogplattform gehören unter anderem die Förderung der Menschenrechte und der Schutz vor Diskriminierung.

Die erste Roma-Dialogplattform fand am 27. Juni 2012 statt. Verantwortlich für die Umsetzung sind überwiegend Vereine mit großen Organisationsstrukturen, zumeist Anbieter sozialer Leistungen. In jüngerer Zeit bemühte sich das zuständige Ministerium jedoch, auch kleinere Organisationen zur Teilnahme an diesen Projekten zu motivieren. Am 24. Januar 2023 war die Plattform arbeitsmarktpolitischen Projekten gewidmet, die dort vorgestellt wurden.

Partizipation beginnt mit dem Ansprechen und Erreichen der Zielgruppen. Wie die SENSIRO-Studie zeigt, wissen fast zwei Drittel der knapp 400 Befragten nicht, dass es überhaupt eine nationale Roma-Strategie gibt (siehe weitere Details unten). Daher sind sie sich auch nicht bewusst, dass sie sich an Debatten über die Strategie und ihre Weiterentwicklung beteiligen können.¹⁷ Von den 36 % der Befragten, die über die Strategie informiert sind, gehört ein überdurchschnittlich hoher Anteil zu höher gebildeten, gut integrierten Personen in den östlichen Bundesländern – insbesondere Männer mittleren Alters. Im Gegensatz dazu sind junge Menschen unter 30 Jahren, Frauen, weniger integrierte Personen mit niedrigerem Bildungsniveau sowie Personen aus Bundesländern ohne ESF-geförderte Maßnahmen nicht informiert. Die Ergebnisse verdeutlichen eindeutig bestehende soziale Ungleichheiten in der Verbreitung von Informationen.¹⁸

1.3.1. Beteiligung von Roma-Zivilgesellschaftsorganisationen (NGOs) an der Umsetzung

Es gibt zwei zentrale Bereiche, in denen die Beteiligung von Rom*nja an der Umsetzung der Strategie besonders zum Tragen kommt: Beschäftigung und Bildung.

Die zentralen Säulen der Beschäftigungsmaßnahmen innerhalb der Strategie sind die vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Arbeitsministerium kofinanzierten Projekte, die jeweils mit 4 Millionen Euro ausgestattet waren und durch zwei aufeinanderfolgende Ausschreibungen eine Laufzeit von bis zu sieben Jahren erreichten. Unter dem Slogan „Empowerment von Roma“ wurden die Projekte überwiegend von großen

¹⁶ Reinprecht, Ch., Walch, N., & Nardai, T. (2022). *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, Universität Wien. Abrufbar unter: <https://sensioprojekt.univie.ac.at/>

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda, S. 38f.

Trägerorganisationen wie Caritas, Volkshilfe und anderen durchgeführt. Nur eine einzige Rom*nja-Organisation war in der Lage, ein ESF-Projekt erfolgreich umzusetzen. Partizipation war in den Projekten vorgeschrieben: eines der zentralen Förderkriterien bestand darin, dass Rom*nja auch in leitenden Positionen innerhalb der Projekte beschäftigt sein mussten.

Auf organisatorischer Ebene stellte die komplexe Bürokratie bei der Umsetzung von ESF-geförderten Projekten ein erhebliches Problem dar. Organisationen ohne spezialisierte Verwaltungseinheiten sind nahezu nicht in der Lage, ein derartiges Projekt erfolgreich abzuwickeln. Da die meisten Roma-Vereine über diese administrativen Kapazitäten nicht verfügen, bleibt ihre Beteiligung entsprechend begrenzt.¹⁹

Auch wenn nur begrenzt Daten zur Verfügung stehen, weisen bestehende wissenschaftliche Studien und die Ergebnisse der SENSIRO-Umfrage klar darauf hin, dass Rom*nja im österreichischen Bildungssystem benachteiligt sind. Dies unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf, Bildungsmaßnahmen stärker auf Rom*nja auszurichten. Die Bedeutung von Bildung für die Verbesserung der Lebenssituation von Rom*nja wurde sowohl von den im Rahmen der SENSIRO-Studie befragten Rom*nja als auch von zahlreichen Expert*innen hervorgehoben.

Im Rahmen der Strategie besteht das bildungspolitische Handlungsfeld im Wesentlichen aus dem Bekenntnis, bestehende Maßnahmen fortzuführen – viele davon wurden bereits Jahre oder Jahrzehnte vor Einführung des Strategierahmens von Roma-Organisationen initiiert – sowie aus dem Verweis auf allgemeine strukturelle Maßnahmen, von denen auch Rom*nja in Österreich profitieren sollen. Da das österreichische Schulsystem strukturell bestehende Ungleichheiten weitgehend reproduziert und sich häufig diskriminierend oder nachteilig auf bestimmte Gruppen auswirkt, ist die Notwendigkeit struktureller Reformen unbestritten. Dennoch ersetzt dies nicht das Erfordernis einer spezifischen Roma-Strategie; gezielte und auf Rom*nja zugeschnittene Maßnahmen sollten daher fortgeführt und gezielt gefördert werden.

Wenn Probleme im Bildungsbereich thematisiert werden, stellt sich sehr häufig die Frage nach der Zuständigkeit: Die komplexe Organisation des Bildungssektors – aufgeteilt zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, öffentlichen Institutionen und einzelnen Bildungseinrichtungen – erschwert die Identifizierung verantwortlicher Stellen und eröffnet den beteiligten Akteur*innen immer wieder Möglichkeiten, sich der Verantwortung zu entziehen, insbesondere, wenn es um die Finanzierung von Maßnahmen geht. Dieser Umstand wurde auch von den im Rahmen der Evaluation befragten Expert*innen mehrfach kritisch hervorgehoben.

1.3.2. Rom*nja in öffentlichen Einrichtungen, die die NRSF umsetzen

Neben der Roma-Dialogplattform existiert in Österreich eine weitere Institution: der Volksgruppenbeirat der Roma.²⁰ Dieses Gremium wurde 1995 eingerichtet, nachdem die Rom*nja 1993 als offizielle Volksgruppe anerkannt wurden. Der Beirat vertritt formal die Interessen der Roma-Community und berät die Bundesregierung in kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die Rom*nja betreffen. Allerdings existiert kein koordinierendes Gremium, in dem Rom*nja aktiv eingebunden sind und das die Umsetzung der Strategie (NRSF) begleitet, bewertet oder kontrolliert.

1.3.3. Beteiligung von Rom*nja an Monitoring und Evaluation

Die zwei wichtigsten Instrumente zur Beteiligung sind derzeit die Roma-Dialogplattform und die Möglichkeit der Online-Konsultation. Beide Formate erreichen jedoch nur einen kleinen Kreis bereits engagierter Personen.

Ein zentrales Problem ist der Mangel an Öffentlichkeitsarbeit: Viele potenziell relevante Personen und lokale Akteur*innen kennen die Nationale Roma-Strategie (NRSF) nicht, obwohl sie Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen hätten. Auch die Gestaltung der Dialogplattform ist mit zahlreichen Hürden verbunden – etwa hinsichtlich Sprache, Zeitaufwand und Veranstaltungsort – was die Teilnahme zusätzlich einschränkt. Zudem ist

¹⁹ SENSIRO Studie, Interviews.

²⁰ Rechtsinformationssystem des Bundes. (o.D.). *Bundes-Verfassungsgesetz*. Abrufbar unter:

<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000602&Artikel=&Paragraf=3&Anlage=&Uebergangsrecht=>

Baumgartner, G. (n.d.). *Roma: Geschichte – Volksgruppe – Kulturverein*. Abrufbar unter:

https://www.erinnern.at/themen/e_bibliothek/roma/388_Baumgartner_Roma%20Geschichte-Volksgruppe-Kulturverein.pdf

das Format kaum geeignet, neue Zielgruppen zu erreichen. Die Entscheidungshoheit über Inhalte und Formate liegt beim Bundeskanzleramt, nicht bei den betroffenen Rom*nja selbst.

Die Online-Befragung von 2016 ermöglichte eine anonyme Teilnahme, war aber nur auf Deutsch verfügbar und wurde vorwiegend von Vereinen genutzt. Ihre Ergebnisse führten zu strategischen Prioritätssetzungen, die teilweise auf Kritik stießen. Zukünftig sollte Partizipation grundsätzlicher verstanden werden: Ziel sollte es sein, Rom*nja nicht nur zur Teilnahme zu befähigen, sondern ihnen auch die aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung des Prozesses zu ermöglichen.²¹

1.3.4. Beitrag der Nationalen Roma-Plattform zur Umsetzung der NRSF

Die österreichische „Roma-Dialogplattform“ ist der zentrale Ort, an dem die Politik – und damit auch die Verwaltung, aus der die Strategie hervorgeht und in der sie umgesetzt wird – für Menschen zugänglich wird, die nicht aus dem jeweiligen Fachbereich stammen. Neben den regulären Sitzungen der Plattform wurde auch ein Workshop-Format etabliert. Dieses Format wurde insbesondere bis 2017 – in der Phase des „Aufbaus des Dialogs“ – erfolgreich ausgebaut und weiterentwickelt (Experteninterview R, Zeilen 69f). Die Dialogplattform wird von den verantwortlichen Akteur*innen der Strategie als ein „Leuchtturmprojekt“ angesehen und auch von den Teilnehmenden positiv bewertet.

Vor allem die politischen und behördlichen Akteur*innen, die im Rahmen der Interviews und Expert*innenbefragungen zu Wort kamen, unterteilen die Teilnehmenden dieser grundsätzlich offenen Veranstaltungen in klar voneinander abgegrenzte Gruppen: Auf der einen Seite finden sich Vertreter*innen der Verwaltung und Politik; auf der anderen Seite sind Personen aus der sogenannten „Zivilgesellschaft“ zu finden, womit in der Regel Vertreter*innen von Roma-Vereinen, aktive Roma-Aktivist*innen, Journalist*innen oder allgemein Menschen gemeint sind, die in irgendeiner Weise die Zielgruppe repräsentieren (sollen). Je nach Thema der Plattform werden auch Expert*innen aus Wissenschaft, Politik oder zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeladen, um ihre Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. Diese Zweiteilung – vereinfacht gesagt „die Verantwortlichen“ vs. „die Betroffenen“ – verdeutlicht jedoch auch die grundlegende Kluft, der sich durch die österreichische Roma-Politik und deren Umsetzungspraxis zieht.²²

²¹ Reinprecht, Ch., Walch, N., & Nardai, T. (2022). *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, Universität Wien. Abrufbar unter: <https://sensiroprojekt.univie.ac.at/>

²² Ebenda, S. 37f.

2. ÜBERSICHT NACH THEMENBEREICHEN

2.1. Bekämpfung von Antiziganismus und Diskriminierung

2.1.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Die NRSF hat das Problem des Antiziganismus und der negativen Stereotypen über Rom*nja in der österreichischen Gesellschaft erkannt. Eine während der österreichischen Ratspräsidentschaft einberufene Expert*innengruppe gab in der Konzeptionsphase des neuen EU-Rahmens klare Orientierungshilfen.²³ Im Rahmen der NRSF wurden mehrere Maßnahmen vorgeschlagen, die sich insbesondere auf die Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung sowie auf die Stärkung der Präsenz von Roma im öffentlichen Diskurs konzentrierten.²⁴ In den letzten zwei Jahren wurden diese Maßnahmen jedoch nur teilweise umgesetzt.

Insgesamt bleiben Diskriminierung sowie ein negativer Mediendiskurs in ländlichen Regionen über „Fahrende“ – insbesondere in Niederösterreich – ein dauerhaftes Phänomen, das sich unter anderem in Presseaussendungen und Kampagnen in sozialen Medien manifestiert.²⁵

Bei der Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und der Sensibilisierung für die Rom*nja und ihre tragische Geschichte wurden einige Fortschritte erzielt. Insbesondere hat das Erinnern:at-Programm (Österreichs Nationales Programm für Holocaust Bildung und Erinnerung), das von der OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung durchgeführt wird, seine Aktivitäten in den vergangenen zwei Jahren ausgeweitet. Dieses Programm stellt Lehrmaterialien, Fortbildungsangebote und Projekte für Lehrkräfte, Schüler*innen sowie die breite Öffentlichkeit bereit, um das Bewusstsein für die Geschichte der Rom*nja zu fördern, eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit anzuregen und zur Prävention von Antiziganismus sowie zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Roma beizutragen.²⁶

Seit dem letzten Bericht im Jahr 2023 hat das österreichische Parlament sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2024 den Internationalen Roma-Tag (8. April) und den Tag der Volksgruppen (12. Dezember) begangen, um das Bewusstsein unter den Mitgliedern des Parlaments für die Rom*nja als ethnische Gruppe in Österreich zu stärken und zur Bekämpfung von Antiziganismus beizutragen. Vertreter*innen von Roma-Organisationen nahmen an diesen Veranstaltungen teil.²⁷

²³ Bundeskanzleramt Österreich. (2019). *Conference on Antigypsyism - How to address Antigypsyism in a post-2020 EU Roma Framework - Expert Recommendations*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:e4dd0a8e-99d5-4f6d-b382-05db80ad96c0/Conference%20on%20anti-Gypsyism%20E%2080%93%20How%20to%20address%20anti-Gypsyism%20in%20a%20post-2020EU%20Roma%20Framework%20E%2080%93%20Expert%20rec.pdf>

²⁴ Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*, S. 15-17. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

²⁵ Siehe beispielsweise: ORF Niederösterreich. (2024). *Aufregung um Roma und Sinti in St. Pölten*. (Medienbericht, 15. Mai 2024). Verfügbar auf: <https://noe.orf.at/stories/3257172/>

NÖN. (2024). *Aufregung in Gerasdorf: Roma ließen sich auf Zieselwiese nieder*. (Medienbericht, 11. Mai 2024). Abrufbar unter: <https://www.noen.at/korneuburg/im-schutzgebiet-aufregung-in-gerasdorf-roma-liessen-sich-auf-zieselwiese-nieder-421328416>

NÖN. (2024). *Erneut campiert eine Gruppe Sinti/Roma bei der Tullner Südfahrung*. (Medienbericht 11. Mai 2024). Abrufbar unter:

<https://www.noen.at/tulln/fahrendes-volk-erneut-campiert-eine-gruppe-sinti-roma-bei-der-tullner-suedfahrung-421383804>

²⁶ Siehe: <https://www.erinnern.at/lernmaterialien>

²⁷ Parlament Österreich. (o.D.). *Veranstaltung: 30 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe in Österreich*. Abrufbar unter: <https://www.parlament.gv.at/erleben/veranstaltungen/1192732> <https://www.parlament.gv.at/erleben/veranstaltungen/1142236?selectedtab=inhalt>

ORF Volksgruppen. (2024). *30 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe in Österreich*. Abrufbar unter: <https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3279804/>

Die NRSF verweist außerdem auf die geplante Wiedereröffnung der Ausstellung „Romane Thana – Orte der Roma und Sinti“ im Wien Museum sowie in weiteren Regionalmuseen²⁸; diese ist bislang jedoch nicht umgesetzt worden. Im Jahr 2024 wurden jedoch mehrere Ausstellungen in öffentlichen Institutionen und Museen organisiert, darunter im österreichischen Parlament,²⁹ im Österreichischen Museum für Volkskunde, im Landesmuseum Kärnten,³⁰ im Landesmuseum Burgenland³¹ sowie im Museum Ebensee.³² Diese Ausstellungen widmeten sich insbesondere der Romani-Sprache sowie der tragischen Geschichte der Rom*nja in Österreich.

Eine der in der Nationalen Strategie zur Inklusion der Roma (NRSF) vorgesehenen Maßnahmen betrifft die regelmäßige Veröffentlichung eines „Antiziganismus-Berichts“. Bis 2017 veröffentlichte der Verein Romano Centro derartige Berichte, in denen Fälle von Antiziganismus in Österreich systematisch dokumentiert wurden.³³ Seit 2018 wird diese Berichtserstattung nicht mehr fortgeführt. Ebenso liegen seit diesem Zeitpunkt keine weiteren Studien oder Erhebungen vor, die sich spezifisch mit der Erfassung, Analyse oder Quantifizierung von Diskriminierungsfällen gegenüber der Roma-Bevölkerung in Österreich befassen. Daraus ergibt sich, dass ein kontinuierliches Monitoring und eine evidenzbasierte Bewertung der Situation derzeit nicht gewährleistet sind.

Der Verein ZARA veröffentlicht jährlich den „Rassismus Report“, in dem Fälle von Diskriminierung in Österreich allgemein dokumentiert werden. Der jüngste Bericht aus dem Jahr 2023 zeigt, dass die Zahl rassistischer Diskriminierungsfälle in der österreichischen Gesellschaft nicht rückläufig ist.³⁴ Fälle von Schulsegregation, Misshandlungen durch Behörden sowie Ausschluss von Sozialleistungen verdeutlichen, dass Antiziganismus weiterhin weit verbreitet und gesellschaftlich bedeutsam ist. Dies wird durch aktuelle Beispiele untermauert, etwa durch rassistische Vorfälle von Polizeibeamt*innen³⁵ gegenüber Rom*nja, Fälle der Segregation von Rom*nja-Kindern aus der Ukraine an Schulen in Salzburg,³⁶ Diskriminierungserfahrungen von Rom*nja-Kindern an Wiener Schulen³⁷ sowie Berichte über Benachteiligungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.³⁸ Diese Entwicklungen machen deutlich, dass die systematische Dokumentation von Fällen von Antiziganismus sowie ein professionelles, österreichweit koordiniertes Monitoring und wissenschaftliche Forschung zu diesem Phänomen weiterhin dringend erforderlich sind.

Im Rahmen der NRSF werden Hassverbrechen gegen Rom*nja sowie Hassrede – sowohl online als auch offline – als Formen diskriminierender Straftaten benannt, die gezielt bekämpft werden sollen. In Österreich bestehen seit längerem zivilgesellschaftliche Netzwerke wie *Hate Crime Kontern*³⁹ und das *No Hate Speech Komitee*.⁴⁰ Ziel dieser beiden Netzwerke ist es, Hasskriminalität und Hassrede zu bekämpfen sowie Präventionsmaßnahmen zu initiieren, die sich sowohl auf den Online- als auch den Offline-Bereich beziehen. Diese Netzwerke vereinen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, aus wissenschaftlichen Institutionen sowie aus einschlägigen österreichischen Ministerien. Sie engagieren sich aktiv in Medienkampagnen, die auf die negativen Auswirkungen und gesellschaftlichen Schäden von Diskriminierung aufmerksam machen und gleichzeitig Initiativen und

²⁸ Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

²⁹ Demokratiewebstatt. (o.D.). Jubiläum ‚30 Jahre Anerkennung der Roma als Volksgruppe in Österreich‘. Abrufbar unter: <https://www.demokratiewebstatt.at/aktuelles/news/jubilaeum-30-jahre-anerkennung-der-roma-als-volksgruppe-in-oesterreich>

³⁰ Initiative Minderheiten. (2024). *Ausstellung: Bomben gegen Minderheiten – Rechter Terror 1993–1996*. Abrufbar unter: <https://initiative.minderheiten.at.wordpress/index.php/2024/04/ausstellungbomben-gegen-minderheiten-rechter-terror-1993-1996/>

³¹ Volksgruppen ORF. (2024). *Die österreichische Romanes. Ausstellung im Landhaus Eisenstadt*. Abrufbar unter: <https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3278341/>

³² Salzkammergut 2024. (2024). *Ceija Stojka. Hoffnung – Das war was uns stärkt*. Abrufbar unter: <https://www.salzkammergut-2024.at/projekte/ceija-stojka-hoffnung/>

³³ Diese Berichte wurden vom Verein Romano Centro zwischen 2013 und 2017 veröffentlicht.

³⁴ Verein ZARA – _Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit. (2024). *Rassismus Report 2023. Analyse zu rassistischen Übergriffen & Strukturen in Österreich*. Abrufbar unter: https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2023.pdf

³⁵ Ebenda, S. 52.

³⁶ Kugler, A. (2024). *Segregation von Roma-Kindern in Salzburger Volksschule*. Romano Centro 100, S. 10. Abrufbar unter: <https://www романо-centro.org/images/zeitschrift/rc100/index.html>

³⁷ Interview mit Roma Schulmediatorin.

³⁸ Interview mit Aktivistin 1.

³⁹ Hate Crime Kontern. (n.d.). *Hate Crime Contern*. Abrufbar unter: <https://hatecrimekontern.at>

⁴⁰ No Hate Speech Committee Austria. (n.d.). *Komitee Mitglieder* [Committee Members]. Abrufbar unter: <https://www.nohatespeech.at/komitee/mitglieder/>

Methoden zu deren Bekämpfung fördern und umsetzen. Unter den Roma-Organisationen in Österreich ist der Verein Romano Centro Mitglied beider Netzwerke.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren wurden von staatlichen Institutionen gezielte Maßnahmen entwickelt, einschließlich der Schaffung eines entsprechenden rechtlichen Rahmens. Seit November 2022 erfasst die österreichische Polizei Fälle von Hasskriminalität in ihren Kriminalstatistiken und veröffentlicht hierzu regelmäßig Berichte.⁴¹ Im Jahr 2023 identifizierte die Polizei 6.461 Fälle von Hasskriminalität. Allerdings ist nicht bekannt, wie viele dieser Fälle Antiziganismus betreffen, da in den veröffentlichten Berichten keine entsprechende Kategorie ausgewiesen wird.⁴²

Am 17. Februar 2024 trat das *DSA-Begleitgesetz* (Digital Services Act – Begleitgesetz) in Kraft, das eine Weiterentwicklung und Stärkung des *Hass-im-Netz-Bekämpfungsgegesetzes* aus dem Jahr 2020 darstellt.⁴³ Durch das neue Gesetz wurden gerichtliche Verfahren beschleunigt, die Identifizierung von Täter*innen erleichtert, die Kostenbelastung für Opfer ausgeschlossen sowie höhere Entschädigungsleistungen ermöglicht.⁴⁴

In den vergangenen zwei Jahren wurden die Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Polizeibedienstete und Justizangehörige zu den Themen Hasskriminalität und Hassrede deutlich ausgeweitet.⁴⁵ Im Oktober 2023 starteten das Institut für Höhere Studien (IHS) und das Bundesministerium für Inneres eine zweijährige Studie, die unter anderem präventive Maßnahmen gegen Hasskriminalität und Hassrede analysiert.⁴⁶ Es ist jedoch festzuhalten, dass bislang keine spezifischen Schulungen zu antiziganistischen Ressentiments angeboten werden.

Die NRSF sah die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Beiräten zur Bekämpfung von Antiziganismus und zur Verbesserung der medialen Repräsentation von Rom*ja vor.⁴⁷ Diese Maßnahme wurde jedoch nicht umgesetzt, das heißt, die vorgesehenen Beiräte wurden nie eingerichtet. Darüber hinaus verweist die NRSF auf Sensibilisierungsworkshops zum Thema Antiziganismus in der Verwaltungsakademie des Bundes und in der Justiz.⁴⁸ Diese Maßnahme wurde teilweise umgesetzt, jedoch bisher nicht evaluiert. Einige Organisationen – darunter der Verein Romano Centro, die Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja (HÖR) sowie die Wiener Volkshochschule im Rahmen des Projekts „Nevo Drom“ – haben Sensibilisierungsworkshops für öffentliche Institutionen durchgeführt und führen diese weiterhin durch. Diese Aktivitäten sind jedoch selten, beruhen auf Freiwilligkeit und folgen keinem systematisch festgelegten Umsetzungsplan. Insgesamt erscheinen diese Bemühungen nicht ausreichend, um die Mehrheitsgesellschaft nachhaltig zu sensibilisieren und Antiziganismus wirksam entgegenzuwirken, insbesondere angesichts der Tatsache, dass antiziganistische Einstellungen und Vorurteile gegenüber Rom*ja tief in der österreichischen Gesellschaft und ihren Institutionen verankert sind.⁴⁹

2.1.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Die NRSF berücksichtigt weder die Entwicklung noch die Umsetzung eines Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus. Im Jahr 2023 forderte der Beratende Ausschuss des Europarates die österreichischen Behörden auf,

⁴¹ Bundesministerium für Inneres. (BMI). (2024). *Hate Crime in Austria. Annual Report 2023*. Abrufbar unter: https://www.bmi.gv.at/408/Projekt/files/285_2024_Hate_Crime_Bericht_2023_Englisch_V20241009_webBF.pdf

⁴² Ebenda.

⁴³ Bundesministerium für Justiz. (2020). *Ministerialentwurf für ein zivilrechtliches Hass-im-Netz-Bekämpfungs-Gesetz*. Abrufbar unter: https://www.bmji.gv.at/ministerium/gesetzesentwuerfe/entw%C3%BCrfe-2020/hass-im-netz_zivil.html

⁴⁴ Bundesministerium für Justiz. (2023). *Entwurf für ein DSA-Begleitgesetz (DSA-BegG)*. Abrufbar unter: [https://www.bmji.gv.at/ministerium/gesetzesentwuerfe/Entw%C3%BCrfe-2023/Entwurf-f%C3%BCr-ein-DSA-Begleitgesetz-\(DSA-BegG\).html](https://www.bmji.gv.at/ministerium/gesetzesentwuerfe/Entw%C3%BCrfe-2023/Entwurf-f%C3%BCr-ein-DSA-Begleitgesetz-(DSA-BegG).html)

⁴⁵ OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR). (o.D.). *National Frameworks: Austria*. Abrufbar unter: <https://hatecrime.osce.org/national-frameworks-austria#capacityBuilding>

⁴⁶ OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR). (2023). *Austria – Hate Crime Data*. Abrufbar unter: <https://hatecrime.osce.org/austria?year=2023>

⁴⁷ Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*, S. 15. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

⁴⁸ Ebenda, p. 16.

⁴⁹ Universität Wien. (2022). *Sensiro – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*ja in Österreich*, S. 175. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Diskriminierung von Rom*nja zu intensivieren.⁵⁰ Im September 2020 legte die Europäische Kommission einen fünfjährigen „EU-Aktionsplan gegen Rassismus“ vor, in dem die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, bis Ende 2022 nationale Aktionspläne gegen Rassismus und Diskriminierung zu verabschieden. Die Entwicklung einer nationalen Strategie gegen Rassismus und Diskriminierung war zudem im Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2020–2024 vorgesehen.⁵¹ Eine solche nationale Strategie wurde bislang nicht verabschiedet.

Positiv hervorzuheben ist jedoch die Einrichtung des Kompetenzzentrums für Diversität, Antirassismus und Antidiskriminierung (KDA) im Jahr 2022, das im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) angesiedelt ist. Im Jahr 2024 entwickelte das KDA in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Antirassismusstrategie für das Ressort, die unter anderem Antiziganismus ausdrücklich als Form von Diskriminierung anerkennt. Obwohl diese Strategie zweifellos einen positiven Schritt darstellt, ist sie auf ein einzelnes Ministerium beschränkt. Die darin enthaltenen 23 Maßnahmen gelten ausschließlich für Beschäftigte in den Bereichen Kultur, Kunst, Sport und öffentlicher Dienst. Obwohl sie im öffentlichen Diskurs häufig als umfassende nationale Antirassismusstrategie dargestellt wird, konzentriert sie sich inhaltlich auf die Verhinderung von Diskriminierung innerhalb des Ministeriums sowie auf die Förderung von Diversität in Kultur, Kunst und Sport. Sie adressiert weder das gesamte gesellschaftliche Ausmaß des Problems noch die breitere, ressortübergreifende Umsetzung, die erforderlich wäre. Da die Strategie erst kürzlich verabschiedet wurde, ist es derzeit noch zu früh, ihre Auswirkungen zu beurteilen.

2.2. Bildung

2.2.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Bildung stellt einen der zentralen Handlungsbereiche dar. Rom*nja in Österreich verfügen über ein deutlich niedrigeres Bildungsniveau als die Mehrheitsbevölkerung – dies betrifft sowohl den Primar- und Sekundarbereich als auch den Tertiärbereich. Während in der Mehrheitsbevölkerung lediglich 17,2 % über einen Pflichtschulabschluss (17,1%) oder keine formale Bildung (0,1 %) verfügen, liegt dieser Anteil unter Rom*nja in Österreich bei 57 %.⁵² Dabei handelt es sich überwiegend um ältere Personen sowie Rom*ja mit Migrationshintergrund. Etwa 25 % der Rom*nja in Österreich haben eine Lehre oder Berufsausbildung abgeschlossen; hierbei handelt es sich vor allem um autochthone Rom*nja.⁵³

Der hohe Anteil frühzeitiger Schulabbrüche unter Roma-Schüler*innen im Primar- und Sekundarbereich stellt ein erhebliches Problem dar. Obwohl die Quote der frühen Schulabbrüche in Österreich insgesamt unter dem EU-Durchschnitt liegt, ist sie bei Kindern mit Migrationshintergrund etwa dreimal so hoch – und im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung zeigt sich diese Diskrepanz bei Rom*nja-Kindern noch deutlicher. Der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabbrecher*innen liegt in Österreich im Durchschnitt bei 8,6 %, während er unter Roma-Kindern laut verfügbaren Daten bei 21 % liegt.⁵⁴ Zwar ist der Anteil der Schulabbrecher*innen mit

⁵⁰ Europarat. (2023). *Resolution CM/ResCMN(2023)14 on the Implementation of the Framework Convention for the Protection of National Minorities by Austria (Adopted by the Committee of Ministers on 13 December 2023)*. Abrufbar unter: <https://www.coe.int/en/web/minorities/austria>

⁵¹ Bundesministerium Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport. (2024). *Antirassismus-Strategie (ARS)*, S. 6. Abrufbar unter: <https://www.bmwkms.gv.at/dam/jcr:ec8e92ef-f349-44d1-8700-94b5f5293030/ars.pdf>

Verein ZARA – Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit. (2024). *Rassismus Report 2023. Analyse zu Übergriffen & Strukturen in Österreich*, S. 15. Abrufbar unter: https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2023.pdf

⁵² Universität Wien. (2022). Sensiro – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich, S. 65-65. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

⁵³ Laut der Erhebung verfügten 21 % der befragten Personen über keinen Schulabschluss – hierbei handelt es sich überwiegend um ältere Personen sowie Rom*ja mit Migrationshintergrund. 36 % hatten lediglich die Pflichtschule abgeschlossen, hauptsächlich Angehörige der autochthonen Rom*nja. 25 % verfügten über einen Lehrabschluss (ebenfalls überwiegend autochthone Roma), 10 % hatten die Matura abgelegt, und 8 % besaßen einen Universitätsabschluss. Zum Vergleich: In der Mehrheitsbevölkerung haben 17 % lediglich die Pflichtschule abgeschlossen, 20,4 % verfügen über einen Hochschulabschluss, und nur 0,1 % besitzen keinen Schulabschluss. (*Ebenda*.)

⁵⁴ *Ebenda*, S. 206.

Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

Migrationshintergrund in den vergangenen drei Jahren um etwa 4 % gesunken, er bleibt jedoch weiterhin nahezu doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt.⁵⁵

Die Hauptgründe für Schulabbrüche sind auf ökonomische, soziale und kulturelle Faktoren zurückzuführen.⁵⁶ Finanzielle Schwierigkeiten der Eltern führen häufig dazu, dass Kinder die Schule vorzeitig verlassen müssen, um zum Familieneinkommen beizutragen. Darüber hinaus spielt das niedrige Bildungsniveau der Eltern eine wesentliche Rolle, da diese den Wert und die langfristigen Vorteile von Bildung oft nicht erkennen. Wie eine befragte Aktivistin hervorhob, sehen viele Eltern keinen Zusammenhang zwischen höherer Bildung und einer verbesserten Lebensqualität.⁵⁷ Bei Mädchen können darüber hinaus frühe oder erzwungene Eheschließungen ein zusätzlicher Faktor für den vorzeitigen Schulabbruch sein.⁵⁸

Auch der Bereich der bilingualen Bildung sowie des Unterrichtsangebots in der Roma-Muttersprache stellt innerhalb des österreichischen Bildungssystems eine erhebliche Herausforderung dar. Im Burgenland erfolgt der Romani-Sprachunterricht auf Grundlage des Minderheitenschutzgesetzes. In Wien⁵⁹ wird die Roma-Sprache seit dem Schuljahr 2001/02 im Rahmen des freiwilligen Muttersprachenunterrichts angeboten, der mit dem Schuljahr 2023/24 in „Erstsprachenunterricht“ umbenannt wurde. Im Burgenland nahmen im Schuljahr 2022/23 lediglich sechs Kinder am bilingualen Unterricht teil,⁶⁰ während in Wien derzeit weniger als 200 Schüler*innen am Romani-Unterricht im Rahmen des Erstsprachenunterrichts teilnehmen.⁶¹ In den übrigen Bundesländern ist die Romani-Sprache derzeit in keiner Form Teil des Bildungssystems.

Mehrere Hindernisse erschweren die Umsetzung der Maßnahmen sowie die stärkere Einbindung der Roma-Sprache in das österreichische Bildungssystem. Erstens geben Eltern von Roma-Kindern bei der Schulanmeldung häufig Romani nicht als Erstsprache an. Rom*nja deklarieren sich in der Regel nicht als Angehörige der Roma-Minderheit, sondern nennen stattdessen ihre Staatsbürgerschaft oder ihr Herkunftsland. Dies führt dazu, dass sie statistisch deutlich weniger sichtbar sind, als es der tatsächlichen Situation entspricht. Da die Lehrkräfte für den Erstsprachenunterricht auf Grundlage statistischer Daten angestellt werden, wirkt sich dies direkt auf die Zahl der Lehrkräfte sowie auf die Sichtbarkeit der Rom*nja im Bildungsbereich aus.⁶² Ein weiteres Problem ist der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal.⁶³ Für den Unterricht in der Muttersprache ist der Abschluss einer Pädagogischen Hochschule mit Schwerpunkt Muttersprachliche Ausbildung erforderlich,⁶⁴ was die Situation zusätzlich erschwert. Nach Aussage einer befragten Lehrkraft war dieses System in der Vergangenheit flexibler gestaltet.⁶⁵ Eine objektive Herausforderung stellt zudem die Vielfalt der Romani-Dialekte sowie das Fehlen einer standardisierten Schriftsprache dar, was die Überwindung der genannten Hindernisse zusätzlich erschwert.

Die Nationale Roma-Strategie erkennt die Herausforderungen im Bildungsbereich in Bezug auf Rom*nja in der österreichischen Gesellschaft an. Sie hebt hervor, dass die formale Bildungsteilnahme sowie die Besuchsquote von Vorschuleinrichtungen unter Rom*nja niedriger sind als in der Mehrheitsbevölkerung Österreichs. Darüber

⁵⁵ Grundsätzlich liegt der Anteil der Schul- und Ausbildungsabrecher*innen in Österreich mit einer Quote von 8,6 % (2023) weiterhin unter dem EU-Durchschnitt (9,5 %). Der Anteil der im Ausland geborenen Personen sank 2023 auf 16 % (2020: 20,4 %), war aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie der Anteil der in Österreich geborenen Schüler*innen (2023: 6,8 %).

⁵⁶ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁵⁷ Interview mit Roma-Schulmediatorin.

⁵⁸ Interview mit Aktivistin 2.

⁵⁹ Interview mit Roma-Schulmediatorin.

⁶⁰ Wien ist die Hauptstadt der Republik Österreich und zugleich eines der neun österreichischen Bundesländer.

⁶¹ Bildungsdirektion Burgenland. (2023). *Minderheitenschulwesen 2022/23 – Jahresbericht*, S. 61. Abrufbar unter: https://www.bildung-bgld.gv.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Download-Verwaltung/Minderheiten/Jahresberichte/MSW_BGLD_Jahresbericht_2022-23.pdf

⁶² Interview mit einer Romani-Muttersprachenlehrkraft an Wiener Schulen.

⁶³ Fünf Jahre zuvor war die Anzahl der Kinder ähnlich hoch: 192.

⁶⁴ Universität Wien. (2022). *Sensiro – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 85. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

⁶⁵ Interview mit Aktivistin 2.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Interview mit einer Romani-Muttersprachenlehrkraft an Wiener Schulen.

hinaus identifiziert die NRSF das Problem des frühzeitigen Schulabbruchs unter Roma-Schüler*innen. Zudem weist sie darauf hin, dass das Bildungsniveau von Rom*nja in Österreich nach wie vor stark vom sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund abhängt.

Die NRSF sieht sowohl allgemeine Maßnahmen als auch spezifisch auf Rom*nja ausgerichtete Maßnahmen vor. Die allgemeinen Maßnahmen zielen darauf ab, die Deutschkenntnisse von Kindern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, im Vorschul- und Schulbereich zu verbessern, die Qualität der frühkindlichen Bildung und der ganztägigen Schulformen zu erhöhen sowie die Qualität der Bildungsberatung zu stärken. Darüber hinaus umfasst die NRSF eine Ausweitung der Angebote der Erwachsenenbildung. Diese Maßnahmen sollen zu einer strukturellen Weiterentwicklung des österreichischen Bildungssystems beitragen, von der langfristig auch Roma-Kinder profitieren sollen.⁶⁶

Die spezifischen Maßnahmen für Rom*nja, die in der NRSF genannt werden, richten sich an Roma-Schüler*innen (z. B. Lernhilfsprogramme und Roma-Schulmediator*innen) sowie an Erwachsenenbildungsmaßnahmen. Zudem beinhaltet die NRSF die bilinguale Bildung im Burgenland und den Muttersprachenunterricht für Angehörige der Roma-Gemeinschaft in anderen Bundesländern.

Bezüglich der gezielten Maßnahmen, die ausschließlich auf Roma-Schüler*innen in Österreich ausgerichtet sind, nennt die NRSF insbesondere Projekte wie „Roma-Schulmediation“ und „Lernhilfe“ für Roma-Kinder.⁶⁷ Das Projekt „Roma-Schulmediation“ wurde von der Vereinigung Romano Centro initiiert und besteht seit dem Schuljahr 2000/2001, während die „Lernhilfe“-Projekte noch älteren Ursprungs sind. Darüber hinaus existiert in der Steiermark seit 2017 die Initiative „Chavore“ (Kinder), die darauf abzielt, Roma-Kinder durch Beratung, administrative und finanzielle Unterstützung, Nachhilfe sowie Freizeitaktivitäten in Schulen und Kindergärten zu integrieren.⁶⁸ Diese Projekte tragen zur Verbesserung der Bildungschancen von Roma-Kindern bei, fördern den Zugang zu Bildung und unterstützen ihre Integration in das Schulsystem. Roma-Schulmediator*innen begleiten Roma-Kinder im Bildungsprozess und vermitteln zwischen den Kindern, ihren Eltern sowie dem Lehrpersonal bzw. den Schulen, um ihre Integration in das Bildungssystem zu fördern und eine regelmäßige Schulteilnahme sicherzustellen.⁶⁹ Im Jahr 2024 waren zwei Roma-Schulmediator*innen, die von der Vereinigung Romano Centro beschäftigt werden,⁷⁰ in insgesamt sechs Wiener Bezirken tätig. Sie arbeiteten in drei Volksschulen, zwei Zentren für Inklusion und Sonderpädagogik sowie einer Mittelschule.⁷¹ In den übrigen Bundesländern waren keine weiteren Roma-Schulmediator*innen tätig.

Ein weiteres Bildungsprojekt ist die „Lernhilfe“, die von der Zivilgesellschaftlichen Organisation Romano Centro⁷² an zwei Standorten in Wien sowie einem Standort im Burgenland angeboten wird. Dabei handelt es sich um Einzel- oder Gruppenunterricht durch Lehrkräfte mit Roma-Kindern im Alter von 7 bis 15 Jahren, insbesondere solchen aus benachteiligten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit dem Ziel, ihre Bildungschancen zu verbessern.⁷³ Darüber hinaus existiert in Wien das Projekt „Roma-Lernhilfe“, das von den Wiener Volkshochschulen (VHS) in Kooperation mit mehreren in Wien ansässigen Roma-Zivilgesellschaftsorganisationen (Romani Bah, Thernipe Wien und Vida Pavlovic) umgesetzt wird. Die VHS stellt dabei administrative Unterstützung und Räumlichkeiten bereit, während die Roma-Organisationen für das

⁶⁶ Universität Wien. (2022). Sensiro – *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 63. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

⁶⁷ Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*, S. 12. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

⁶⁸ <https://www.caritas-steiermark.at/hilfe-angebote/flucht-integration/bildung-arbeit/chavore-schulunterstuetzung-fuer-romakinder>

⁶⁹ <https://www.romano-centro.org/14-jahresbericht/160-romano-centro-jahresbericht-2024-1>

⁷⁰ Siehe: <https://www.romano-centro.org/images/pdf/RSM.pdf>

⁷¹ Die Sicherstellung der Finanzierung der Roma-Schulmediator*innen stellt weiterhin eine dauerhafte Herausforderung dar. Im Jahr 2025 wird das Projekt durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie den „Zukunftsfoonds der Republik Österreich“ finanziert, mit 48.000 EUR bzw. 20.000 EUR. Im Jahr 2024 wurde die Finanzierung ausschließlich vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung getragen (47.810 EUR), während im Jahr 2023 die finanzielle Unterstützung für dieses Projekt sowohl vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung als auch von der Arbeiterkammer Wien bereitgestellt wurde (48.000 EUR bzw. 25.000 EUR).

⁷² Siehe: <https://www.romano-centro.org/bildungsangebote>

⁷³ Dieses Projekt erhält eine jährliche Finanzierung von etwa 20.000 EUR durch das Bundeskanzleramt – Abteilung Volksgruppenförderung.

Personal, insbesondere die Lehrkräfte, verantwortlich sind. Dieses Projekt wird von der Stadt Wien finanziert. Im Burgenland wird ein ähnliches Projekt von der Zivilgesellschaftlichen Organisation „Roma-Service“ umgesetzt.

Das Projekt Roma-Schulmediation wurde von den finanzierenden Stellen sowie den zuständigen Behörden als „Best-Practice-Modell“ anerkannt.⁷⁴ Laut einer der Schulmediatorinnen ist die Abbruchquote unter Roma-Kindern in den vergangenen zwei Jahren leicht gesunken.⁷⁵ Schulleiter*innen berichteten zudem, dass die Schulbesuchsquote von Roma-Kindern um 30 % höher ist, wenn Mediatorinnen eingesetzt werden.⁷⁶ Obwohl die Projekte „Roma-Schulmediation“ und „Lernhilfe“ in der Strategie erwähnt werden, ist hervorzuheben, dass beide Projekte bereits vor der Verabschiedung der NRSF existierten. Die Strategie selbst führte also nicht unmittelbar zur Initiierung oder Verbesserung dieser Projekte.

Bezüglich des Romani-Sprachunterrichts wurden von der Regierung und den zuständigen Behörden einige Maßnahmen umgesetzt, die zu Fortschritten in diesem Bereich beigetragen haben. Von 2021 bis 2023 entwickelte die Bildungsdirektion Burgenland, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, digitale und analoge Unterrichtsmaterialien für den Romani-Unterricht an Primar- und Sekundarschulen.⁷⁷ Dieses Projekt wurde im Jahr 2024 fortgesetzt.⁷⁸ Im vergangenen Jahr wurde zudem ein Pilotprojekt zur bilingualen Bildung in vier Kindergärten in Burgenland durchgeführt.⁷⁹ Darüber hinaus hat sich das Angebot an Romani-Sprachkursen im Burgenland in den letzten Jahren weiter erhöht. Alle diese Maßnahmen sind jedoch auf Burgenland beschränkt, während in den anderen Bundesländern in den letzten zwei Jahren keine nennenswerten Fortschritte erzielt wurden.

Als allgemeine Maßnahmen in der NRSF, die nicht ausschließlich auf die Roma-Bevölkerung in Österreich ausgerichtet sind, setzt das Bundesministerium für Bildung sogenannte „bewährte Präventionsmaßnahmen“ um. Dazu zählen die Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache, Bildungs- und Berufsorientierungsprogramme, die verstärkte Einbindung von Sozialarbeiter*innen an Schulen sowie Jugendcoaching.⁸⁰ Im Bereich der frühkindlichen Bildung ist seit 2010 der Besuch von Vorschulen für alle Kinder ab fünf Jahren in Österreich verpflichtend.⁸¹ Im Rahmen der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern wurden für die Vorschulerziehung für den Zeitraum 2022/23 bis 2026/27 200 Millionen EUR bereitgestellt, wovon mindestens 22,8 Millionen Euro für die Förderung der deutschen Sprache eingesetzt werden müssen.⁸² Seit dem Schuljahr 2018/19 wurden zudem die sogenannten Deutschförderklassen für Schüler*innen, die nicht Deutsch als Muttersprache sprechen, eingeführt. Einem Interview zufolge ist die Qualität dieser Klassen jedoch unzureichend,⁸³ was vermutlich auf den hohen Druck im Bildungssystem in Wien durch den starken Zustrom von Kindern aus der Ukraine und dem Nahen Osten sowie den Mangel an qualifiziertem Personal zurückzuführen ist. Die Bundesregierung hat auch die finanziellen Mittel zur Verbesserung ganztägiger Schulformen erhöht.⁸⁴ Für den Zeitraum vom Schuljahr 2019/20 bis zum Schuljahr 2032/33 stellt die Bundesregierung im Rahmen des

⁷⁴ Universität Wien. (2022). Sensiro –*Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 87. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

⁷⁵ Interview mit Roma Schulmediatorin.

⁷⁶ Laut einem Referenzschreiben der Schuldirektorin Andrea Habacher für die Roma-Schulmediatorin Vesna Kovacevic.

⁷⁷ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

Universität Wien. (2022). Sensiro –*Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 85. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

Bildungsdirektion Burgenland. (2023). *Mindehreitsschulwesen 2022/23 – Jahresbericht*, S. 59–60. Abrufbar unter: https://www.bildung-bgld.gv.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Download-Verwaltung/Minderheiten/Jahresberichte/MSW_BGLD_Jahresbericht_2022-23.pdf

⁷⁸ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁷⁹ Volksgruppen ORF. (2023). Neues Konzept für zweisprachigen Elementarunterricht. Abrufbar unter: <https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3213811>

⁸⁰ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁸¹ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁸² Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

Diese Maßnahmen werden in Übereinstimmung mit Artikel 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) über die Elementarbildung durchgeführt.

⁸³ Interview mit Roma-Schulmediatorin.

⁸⁴ Interview mit Aktivistin 2.

Bildungsinvestitionsgesetzes 750 Millionen Euro für den Ausbau ganztägiger Schulformen bereit.⁸⁵ Im zivilgesellschaftlichen Bereich wird in der Steiermark von der Caritas das Projekt „Chavore“ durchgeführt, das darauf abzielt, Roma-Kinder besser in Vorschulen und Schulen zu integrieren.⁸⁶

2.2.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Die NRSF erwähnt die Probleme der Ungleichheit im Bildungssystem nicht und geht auch nicht auf sie ein. Das Bundesministerium für Bildung sowie die Entscheidungsträger*innen vertreten die Auffassung, dass das Schulsystem gleichberechtigt und für alle offen sei, „unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Rasse, Sprache und ähnlichen Faktoren“. Nach deren Darstellung zielt das Ministerium darauf ab, die Inklusion vulnerabler Gruppen zu fördern, ihre Chancengleichheit zu verbessern und ihnen entsprechende Unterstützungsangebote bereitzustellen.⁸⁷ Obwohl das österreichische Schulsystem zweifellos allen Kindern offensteht, argumentieren die Autor*innen der SENSIRO-Studie, dass das Schulsystem in Österreich indirekt diskriminierend organisiert sei und soziale Ungleichheit fortschreibe – wovon insbesondere Rom*nja als die am stärksten gefährdete soziale und migrantische Gruppe betroffen sind.⁸⁸ Während die gesetzliche Gleichstellung im österreichischen Schulsystem unbestritten ist, sieht die Praxis häufig anders aus.

Der RCM-Bericht für 2021–2023 wies ebenfalls auf spezifische Herausforderungen hin, denen Roma-Kinder im Bildungssystem im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt sind.⁸⁹ Obwohl es in Österreich im Allgemeinen keine Segregation von Roma-Kindern an Schulen gibt – Roma-Kinder werden nicht, wie in einigen anderen EU-Ländern, in separate Klassen eingeteilt – kam es im Frühjahr 2024 zu einem derartigen Fall in Salzburg: Roma-Kinder aus der Ukraine wurden dort in getrennte Klassen eingegliedert.⁹⁰ Besonders besorgniserregend war die Reaktion bzw. das Ausbleiben einer Reaktion lokaler Politiker*innen, einschließlich Äußerungen einiger von ihnen, dass dies völlig akzeptabel sei.⁹¹

Ein weiteres Problem ist der Zusammenhang zwischen Wohnort und Bildungsqualität. Laut befragter Personen⁹² wird dieser Zusammenhang insbesondere in Wien zunehmend deutlich. Dieses Problem betrifft die nicht-Mehrheitsbevölkerung allgemein, insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund, einschließlich Rom*nja. Hochwertigere Schulen befinden sich in den zentralen Bezirken, während Menschen mit Migrationshintergrund überwiegend in dezentralen Bezirken wohnen.⁹³ Kinder können nur in der Volksschule ihres Wohnbezirks eingeschult werden. Dieser Zusammenhang zwischen der geografischen Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen und der Qualität der Schulen verstärkt die bestehenden Bildungsungleichheiten.

2.3. Beschäftigung

Obwohl es keine aktuellen Studien oder präzise Daten über die Situation der Rom*nja auf dem österreichischen Arbeitsmarkt gibt, zeigen die verfügbaren Daten aus dem Jahr 2015, dass Rom*nja deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Mehrheitsbevölkerung sowie andere Minderheiten- und Migrant*innengruppen. Laut diesen Daten ist jedes fünfte Mitglied der Roma-Gemeinschaft in Österreich arbeitslos. Damit sind Rom*nja in Österreich 4,5-mal häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Angehörige der

⁸⁵ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁸⁶ ORF Volksgruppen. (2024). *Schulstart für Romakinder mit Hürden*. Abrufbar unter: <https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3276596/>

Caritas Steiermark. (o.D.). *Chavore – Schulunterstützung für Romakinder*. Abrufbar unter: <https://www.caritas-steiermark.at/hilfe-angebote/flucht-integration/bildung-arbeit/chavore-schulunterstuetzung-fuer-romakinder>

⁸⁷ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

⁸⁸ Universität Wien. (2022). *Sensiyo – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 64, 87. Abrufbar unter: <http://sensiyo.univie.ac.at/>

⁸⁹ Roma Civil Monitor. (2022). *Civil Society Monitoring Report on the Quality of the National Strategic Framework for Roma Equality, Inclusion, and Participation in Austria*, S. 17–18. Abrufbar unter: <https://romacivilmonitoring.eu/countries/austria/>

⁹⁰ Kugler, A. (2024). *Segregation von Roma-Kindern in Salzburger Volksschule*. Romano Centro, 100, S. 10. Abrufbar unter: <https://www.romano-centro.org/images/zeitschrift/rc100/index.html>

⁹¹ Ebenda.

⁹² Interview Aktivistin 1; Interview Roma-Schulmediatorin; Interview mit Aktivistin 2.

⁹³ Interview Aktivistin 1; Interview Roma-Schulmediatorin.

Mehrheitsbevölkerung.⁹⁴ Diese Ungleichheit zeigt sich noch ausgeprägter im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit.⁹⁵ Erwerbstätigkeit steht in engem Zusammenhang mit anderen Lebensbereichen wie Armut, Wohnen, sozialer Schutz und Bildung.

2.3.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Die NRSF hat die Beschäftigungssituation als zentrales Handlungsfeld erkannt. Sie hat das Problem der hohen Arbeitslosenquote unter Rom*na in Österreich, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, ausdrücklich benannt. Als Hauptziele in diesem Bereich nennt die Strategie die Beseitigung von Beschäftigungsbarrieren für sozial und wirtschaftlich benachteiligte Rom*na, insbesondere Romnja, sowie die Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Angehörige der Roma-Gemeinschaft. Zur Erreichung dieser Ziele betont die Strategie mehrere Maßnahmen, darunter die Umsetzung von Kompetenztrainings und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Organisation von Informations- und Kulturveranstaltungen für die Zielgruppe mit thematischem Schwerpunkt auf Beschäftigung und Arbeitsmarktintegration.⁹⁶

Das Bundesministerium für Arbeit hat eine Sonderrichtlinie für Roma-Projekte im Bereich Arbeitsmarkt umgesetzt. Gemäß dieser Richtlinie dienen die Maßnahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verhinderung der Verfestigung ungünstiger Lebensbedingungen von Rom*na infolge mangelnder Integration und Inklusion am Arbeitsmarkt.⁹⁷ Wie bereits erwähnt, widmete sich in den vergangenen Jahren die Roma-Dialogplattform dem Erfahrungsaustausch, dem politischen Dialog sowie der Darstellung von Interventionspraktiken im Bereich der Beschäftigungspolitik und arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen.⁹⁸

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft finanziert viele dieser Projekte und Aktivitäten. Von 2015 bis 2022 wurden diese Projekte im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Seit Ende 2022 werden die Projekte ausschließlich durch das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft im Rahmen des Programms „Empowerment for Roma“ finanziert (weitere Einzelheiten siehe Kapitel 3.2). Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft ist das einzige österreichische Ministerium, das über spezifische Richtlinien und finanzielle Mittel verfügt, die gezielt an Rom*na gerichtet sind.⁹⁹

Derzeit ist es schwierig, die Wirksamkeit dieser Projekte empirisch zu messen und festzustellen, in welchem Ausmaß die Maßnahmen der NRSF in den letzten zwei Jahren über diese Projekte erfolgreich umgesetzt wurden. Laut einem Vertreter des Ministeriums ist eine Evaluierung dieser Projekte für 2025 geplant.¹⁰⁰ Im Rahmen der für diesen Bericht geführten Interviews wurden überwiegend positive Einschätzungen dieser Projekte geäußert.¹⁰¹ Vertreter*innen von Roma-Organisationen, der öffentlichen Verwaltung und politischen Institutionen bewerteten die Projekte als erfolgreich und praxisorientiert und hoben hervor, dass sie

⁹⁴ Schmatz, S. & Wetzel, P. (2025). *Zugewanderte Roma/Romnja. Ein Blick auf deren Bildungs- und Beschäftigungssituation in Wien*. In: *Romane Thana. Orte der Roma und Sinti*. Eine Kooperation von Wien Museum, Landesmuseum Burgenland, Initiative Minderheiten, Romano Centro. Katalog zur Ausstellung, Hrsg. Andrea Härle (Wien: Czernin Verlag), S. 146.

⁹⁵ Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*, S. 12. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

⁹⁶ Ebenda, S. 12-13.

⁹⁷ Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. (2022). *Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2022-2030“*. Abrufbar unter: https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:e92eb714-c784-43b5-bdcb-58db47dc1710/ROMA_EMPOWERMENT SONDERRICHTLINIE_2022%20GENEHMIGT.pdf

⁹⁸ Bundeskanzleramt Österreich. (2023). *30. Dialogplattform, 24. April 2023 – Dialogplattform mit dem Schwerpunktthema „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt“*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie/dialogplattform-roma-strategie/30-dialogplattform-24-april-2023.html>

⁹⁹ Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. (2022). *Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2022-2030“*. Abrufbar unter: https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:e92eb714-c784-43b5-bdcb-58db47dc1710/ROMA_EMPOWERMENT SONDERRICHTLINIE_2022%20GENEHMIGT.pdf

¹⁰⁰ Interview mit dem Vertreter der zuständigen öffentlichen Behörde im Schwerpunktbereich 1.

¹⁰¹ Aktivistinnen aus dem Bereich Zivilgesellschaftsorganisationen (Interview mit Aktivistin 2).

Interview mit einem Mitglied des österreichischen Nationalrats.

Interviews mit Vertreterinnen österreichischer öffentlicher Institutionen (Interview mit Expertin).

Interview mit dem Vertreter der zuständigen öffentlichen Behörde für die Nationale Kontaktstelle für Roma (NRCP).

Interview mit dem Vertreter der zuständigen öffentlichen Behörde im Schwerpunktbereich 1.

ausschließlich auf Rom*nja ausgerichtet seien – ein Alleinstellungsmerkmal unter den österreichischen Ministerien.

Im Dezember 2023 genehmigte das österreichische Parlament ein vierjähriges Projekt mit dem Titel „Level Up – Erwachsenenbildung“ im Umfang von 170 Millionen Euro, das jungen Menschen und Erwachsenen helfen soll, Grundkompetenzen und Qualifikationen auch nach dem Schulabschluss zu erwerben.¹⁰² Das Programm richtet sich an die vulnerabelsten Gruppen in Österreich, wobei 91 % der Teilnehmenden einen Migrationshintergrund haben.¹⁰³ Obwohl diese Maßnahme nicht ausdrücklich auf Rom*nja abzielt, profitieren auch sie davon.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) stellt die erste Anlaufstelle für Arbeitssuchende und Arbeitgeber*innen dar und verfügt über ein beträchtliches Potenzial. Das AMS hat jedoch keine Programme oder Projekte, die sich explizit auf die Beschäftigung von Rom*nja konzentrieren. Darüber hinaus besteht keine direkte oder indirekte Verbindung zwischen dem AMS und den Vereinen, die arbeitsmarktbezogene Projekte im Auftrag bzw. mit Finanzierung des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft durchführen.¹⁰⁴

Das AMS verfügt zudem über eine Jugendabteilung (AMS Jugendliche), die jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützt.¹⁰⁵ Im Rahmen der Tätigkeit von AMS Jugendliche existieren jedoch keine Programme, die explizit auf Rom*nja abzielen, noch gibt es Personal, das speziell mit der Unterstützung junger Rom*nja im Beschäftigungsprozess beauftragt wäre. Für junge Rom*nja zwischen 18 und 25 Jahren bestehen keine direkten oder spezifischen Programme. Das AMS bietet lediglich allgemeine Programme an, die junge Menschen durch Beratung, Information, Qualifizierung und Arbeitsvermittlung unterstützen. Eines dieser Programme ist „KOST Wien – Ausbildung-Beruf“ (Koordinationsstelle Ausbildung und Beruf).¹⁰⁶

2.3.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Das Thema der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt durch Arbeitgeber*innen, das weiterhin ein wesentliches Problem darstellt, wird in der NRSF nicht erwähnt. Bezuglich Diskriminierung am Arbeitsplatz gaben befragte Personen (eine Expertin und eine Aktivistin) an, dass solche Fälle zwar existieren, jedoch selten offen zutage treten oder – wie eine befragte Person formulierte – „subtil und selten direkt“ erfolgen. Sie äußert sich beispielsweise darin, dass Rom*nja die ungünstigsten Arbeitsbedingungen erhalten, nachteilige Schichtpläne zugewiesen bekommen, Bonuszahlungen verweigert werden oder ähnliche Praktiken angewandt werden. Erschwerend kommt eine mangelnde Kenntnis der Arbeitsrechte sowie Sprachbarrieren hinzu, die die Situation zusätzlich verschärfen. Nach Aussage der befragten Aktivistin ist häufig nicht eindeutig feststellbar, wo die Grenze zwischen verschiedenen Formen der Diskriminierung verläuft – ob es sich um allgemeine Diskriminierung von ausländischen Arbeitskräften, um gezielte Diskriminierung von Rom*nja, oder um eine Kombination beider Formen handelt.¹⁰⁷

2.4. Gesundheit

Behörden betonen, dass das Gesundheitsdienstleistungen allen Bürger*innen in Österreich zur Verfügung stehen.¹⁰⁸ Dennoch benötigen einige Rom*nja weiterhin Unterstützung beim Zugang zu Informationen über das Gesundheitssystem sowie beim Aufbau von Gesundheitskompetenzen. Für viele, insbesondere Romnja, bestehen nach wie vor erhebliche Hürden beim Zugang zum gesamten Spektrum der Gesundheitsleistungen.¹⁰⁹ Die

¹⁰² Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2.

¹⁰³ Level-UP Erwachsenenbildung. (2023). *Executive Summary: Monitoring Report HJ1 2023*. Abrufbar unter: https://www.levelup-erwachsenenbildung.at/DOWNLOADS/monitoring/monitoringberichte/ExSum_Bericht_HJ1_2023.pdf

¹⁰⁴ Interview mit Experten.

¹⁰⁵ <https://www.ams.at/regionen/wien/geschaefsstellen/ams-wien-jugendliche-1-sfa>

¹⁰⁶ <https://www.kost-wien.at/ausbildung-bis-18/>

¹⁰⁷ Interview mit Aktivistin 2.

¹⁰⁸ Roma Civil Monitor. (2022). Civil Society Monitoring Report on the Quality of the National Strategic Framework for Roma Equality, Inclusion, and Participation in Austria. Available at: <https://romacivilmonitoring.eu/countries/austria/>

¹⁰⁹ Universität Wien. (2022). Sensiro – *Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 100f. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

Organisation gezielter Informationsveranstaltungen könnte eine wirksame Maßnahme darstellen, um das Bewusstsein und Verständnis für die in Österreich verfügbaren Gesundheitsdienste zu verbessern.

2.4.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Die nationale Roma-Strategie (NRSF) befasst sich nicht ausdrücklich mit Gesundheitsdienstleistungen oder gesundheitsfördernden Maßnahmen.

Zwar wurden in Österreich mehrere Studien zur Gesundheitssituation der Rom*nja durchgeführt, jedoch besteht weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung der darin empfohlenen Maßnahmen.

In Österreich unterliegen alle erwerbstätigen Personen der Pflichtkrankenversicherung und auch Bezieher*innen von Arbeitslosengeld sind krankenversichert. Allerdings ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld an bestimmte gesetzliche Voraussetzungen geknüpft,^{110 111} sodass ein Teil der Bevölkerung, darunter auch Rom*nja, ohne Versicherungsschutz bleibt.

Für Rom*nja, die keine EU-Staatsangehörigkeit besitzen, besteht zudem eine Lücke im System, da sie häufig nicht in das gesetzliche Versicherungssystem eingebunden sind.

In der Praxis kann es vorkommen, dass Ärzt*innen eine Behandlung verweigern, wenn keine gültige Krankenversicherung vorliegt. Notfallbehandlungen müssen jedoch gesetzlich in jedem Fall durchgeführt werden. Grundsätzlich haben auch Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung Anspruch auf medizinische Notfallversorgung, doch ist diese in der Praxis häufig mit administrativen und praktischen Schwierigkeiten verbunden. Zur Abmilderung dieser Versorgungslücken betreiben Nichtregierungsorganisationen und karitative Einrichtungen kostenlose medizinische Versorgungsstellen, die unversicherte und undokumentierte Personen, einschließlich Rom*nja, behandeln.^{112 113}

Was die Ursachen und Hintergründe fehlender Krankenversicherung betrifft, lässt sich diese bei österreichischen Staatsbürger*innen in der Regel auf Ausnahmesituationen während Statusübergängen, mangelnde persönliche Ressourcen, fehlende Informationen oder auf bestimmte „Systemlücken“ zurückführen – etwa bei im Ausland lebenden Österreicher*innen, die nach längerer Abwesenheit zurückkehren, oder bei Personen, die Fristen in Verwaltungsverfahren versäumt haben bzw. auf die Bewilligung einer Leistung warten. Bei EU-Bürger*innen sowie anderen Migrant*innen ohne Krankenversicherungsschutz liegt der Grund in der Regel darin, dass sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, noch keine fünf Jahre in Österreich leben oder keinen Nachweis eines ständigen Aufenthalts erbringen können. Infolgedessen haben sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen. In manchen Fällen handelt es sich um Personen, die sich nur vorübergehend in Österreich aufhalten, etwa Besucher*innen, Patient*innen, die zur medizinischen Behandlung einreisen, oder Tourist*innen, meist aus ärmeren osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Bei Asylwerber*innen, die grundsätzlich über die Grundversorgung krankenversichert sind, entsteht Nichtversicherung häufig durch einen Wohnsitzwechsel ohne entsprechenden Antrag, wodurch der Anspruch auf Grundversorgung verloren geht.¹¹⁴

Rom*nja benötigen bessere Deutschkenntnisse, um die Angebote des Gesundheitssystems und der Krankenkassen umfassend nutzen zu können. Ebenso wären Dolmetschdienste oder eine stärkere Präsenz von Rom*nja im Gesundheitswesen hilfreich, um Gesundheitswissen – insbesondere Kenntnisse über Krankheiten – innerhalb der Gemeinschaft aufzubauen.¹¹⁵ Empfohlen wird zudem eine Begleitung im Gesundheitssystem durch Vertrauenspersonen sowie der Ausbau von Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen. Aufgrund des späten Eintritts in die medizinische Versorgung, geringer Gesundheitskompetenz, mangelnder Termintreue und

¹¹⁰ <https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.821628&portal=svportal>

¹¹¹ <https://www.ams.at/arbeitssuchende/arbeitslos-was-tun/geld-vom-ams/arbeitslosengeld>

¹¹² <https://www.roteskreuz.at/wien/ich-brauche-hilfe/medizinische-versorgung-ohne-versicherung>

¹¹³ <https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.845161&portal=svportal>

¹¹⁴ <https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.845161&portal=svportal>

¹¹⁵ Trummer, U., Novak-Zezula, S., Renner, A., & Wilczewska, I. (2015). *Cost Analysis of Health Care Provision for Irregular Migrants and EU Citizens Without Insurance*. Im Auftrag von IOM, RO Brüssel, Migration Health Division in the Framework of the EQUI-Health Project „Fostering Health Provision for Migrants, the Roma, and Other Vulnerable Groups“. Abrufbar unter: http://c-hm.com/wp-content/uploads/2023/05/Policy_Brief_CHM_V12_Austria.pdf

begrenzter finanzieller Ressourcen können Rom*nja die bestehenden Gesundheitsleistungen in Österreich bislang nicht in ausreichendem Maße nutzen.

Die Formulierung einer gesundheitspolitischen Strategie, die gezielt auf die Gesundheitsversorgung vulnerabler Gruppen (wie Rom*nja) eingeht, die Verknüpfung öffentlicher Gesundheitsdienste mit bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie die Entwicklung von Public-Private-Partnership-Modellen zur Leistungserbringung¹¹⁶ würden eine zugängliche und inklusive Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Eine gezielte Studie aus dem Jahr 2020 untersuchte die Gründe, warum Roma-Familien mit kleinen Kindern häufig keinen Zugang zu verfügbaren Gesundheitsdiensten finden.¹¹⁷ Die Empfehlungen dieser Studie zur Schließung dieser Lücke umfassten die Ausbildung und den Einsatz von Gesundheitsmediator*innen aus den Roma-Gemeinschaften, die Entwicklung niedrigschwelliger und aufsuchender Angebote, die Förderung der Gesundheitskompetenz, Sensibilisierung von Gesundheitspersonal sowie – besonders wichtig – die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der Roma-Bevölkerung.¹¹⁸ Trotz dieser Empfehlungen wurden in Österreich bislang keine Gesundheitsmediator*innen-Programme umgesetzt.

2.4.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Die österreichischen Gesundheitsdienste verfügen auf regionaler oder kommunaler Ebene in der Regel über keine spezifische Strategie, die darauf abzielt, die Roma-Bevölkerung gezielt zu erreichen oder deren Benachteiligungen im Gesundheitswesen auszugleichen.

2.5. Wohnraum, grundlegende Dienstleistungen und Umweltgerechtigkeit

Rom*nja erleben Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Im Jahr 2023 führte das Forschungsinstitut SORA eine allgemeine Studie über Diskriminierung im Wohnungswesen in Österreich durch, die alarmierende Ergebnisse zeigte.¹¹⁹ So wurden beispielsweise Bewerber*innen mit ausländisch klingenden Namen in 62 % der Fälle nicht zu Wohnungsbesichtigungen eingeladen. Zudem wurden strukturell rassistische Kommentare von Immobilienmakler*innen dokumentiert, etwa: „Sie haben im Lotto gewonnen – Sie sind der erste Österreicher, der heute angerufen hat.“

2.5.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Die NRSF berücksichtigt das Thema Wohnen nicht als ein besonders gravierendes Problem. Wie bereits oben erwähnt, kann jedoch die Durchführung von Studien – wie jener des SORA-Instituts – als ein erster Schritt zur thematischen Auseinandersetzung mit dieser Problematik gewertet werden.¹²⁰

2.5.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

In Österreich existieren Sozialberatungsstellen, die Unterstützung und Beratung in Wohnungsangelegenheiten anbieten. Diese Dienstleistungen stehen auch Rom*nja zur Verfügung.¹²¹

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Weigl, M., Winkler, P., & Haas, S. (2020). *Sasto Chavoripe - Soziale Inklusion von Roma durch Frühe Hilfen. Ergebnisse der Literaturrecherche*, Gesundheit Österreich. Abrufbar unter: https://goeg.at/Inklusion_Roma_Fruhe_Hilfen

¹¹⁸ Ebenda.

¹¹⁹ SORA. (2023). „Sie haben den Lotto-Sechser gewonnen. Sie sind der erste Österreicher, der mich anruft“. *Ethische Diskriminierung am Wohnungsmarkt*. Abrufbar unter: https://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at/dam/jcr:e064341c-cfb-4732-8680-785f88eb606c/Ethnische%20Diskriminierung%20am%20Wohnungsmarkt%20-%20Ergebnisse%20eines%20Paired%20Ethnic%20Testings_Gleichbehandlungsanwaltschaft.pdf

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ <https://www.vereinwohnen.at/noe-erstberatung/>

https://sozialinfo.noe.gv.at/content/de/9/InstitutionDetail.do?it_1=7342645

<https://www.caritas.at/hilfe-angebote/online-sozialberatung/wohnen-miete>

2.6. Soziale Absicherung

2.6.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Obdachlose Roma-Migrant*innen fallen in Österreich häufig durch die Maschen des Sozialhilfesystems. Sie sind zudem nicht im NRSF berücksichtigt.¹²²

Soziale Unterstützung ist in Österreich grundsätzlich für alle Bürger*innen vorgesehen, was formal auch Rom*nja einschließt. Wie jedoch bereits dargelegt, scheitert der tatsächliche Zugang häufig an administrativen Hürden, fehlenden Informationen oder anderen Zugangsbeschränkungen, die die Inanspruchnahme von Leistungen erschweren.¹²³

Anspruchsvoraussetzungen für Sozialeistungen sind an österreichische Staatsbürgerschaft, anerkannte Asylberechtigung, dauerhaft niedergelassene ausländische Bürger*innen, EU-/EWR-Bürger*innen, Schweizer Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige mit mindestens fünfjährigem Aufenthalt in Österreich gebunden. Personen mit subsidiärem Schutzstatus erhalten nur Kernleistungen der Sozialhilfe. Rom*nja erfüllen diese Voraussetzungen häufig nicht.¹²⁴

Die SENSIRO-Studie betont die Bedeutung von Armut und materiellen Lebensbedingungen als zentrales Thema. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse aufgrund der sorgfältig ausgewählten Stichprobe ein realistisches Bild der Situation zeichnen – sie überschätzen oder unterschätzen das Ausmaß von Armut und materieller Not nicht.¹²⁵

Obwohl der Fragebogen auch Fragen zum Einkommen der befragten Haushalte enthielt, wurden andere Variablen als maßgebliche Indikatoren zur Bestimmung der materiellen Lebenssituation herangezogen. Erstens wurden ausgabenbasierte Fragen einbezogen, die auch in der internationalen Forschung zunehmend an Bedeutung gewinnen, da sie Aufschluss darüber geben, was sich Einzelpersonen oder Haushalte in einem bestimmten Zeitraum leisten können – oder eben nicht –, unabhängig von oft ungenauen Einkommensangaben. Zweitens wurden die Befragten nach ihrer subjektiven Wahrnehmung gefragt, ob sie sich durch finanzielle Sorgen belastet fühlen und wie sie die Entwicklung ihrer Einkommenssituation einschätzen.¹²⁶

2.6.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Viele Rom*nja leben unter äußerst prekären Bedingungen, insbesondere in den westlichen Bundesländern und sind auf niedrigschwellige Unterstützungsangebote angewiesen – etwa auf die Kontaktprojekte von Caritas oder auf die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem „Waldhüttl“ oder der „Bettellobby“ (Interessensvertretung für Bettelnde), die im Rahmen der NRSF keine Anerkennung finden. Vertreter*innen der genannten Einrichtungen und Projekte kritisieren häufig, dass die Lebensrealitäten der Menschen, die sie täglich unterstützen, in der Strategie kaum berücksichtigt werden. Es wird argumentiert, dass die im Rahmen der Strategie angebotenen Leistungen für diese Gruppen zu hohe Anforderungen stellen und die gesellschaftliche Basis nicht erreichen.¹²⁷

¹²² Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:b556a06c-cd86-4b3d-a492-815c8a1bfb84/Strategie%20Roma%20Inklusion.pdf>

¹²³ Universität Wien. (2022). *Sensiyo – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 120. Abrufbar unter: <http://sensiyo.univie.ac.at/>

¹²⁴ *Anspruchsvoraussetzungen*. Abrufbar unter: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialhilfe-und-Mindestsicherung/Anspruchsvoraussetzungen.html>

¹²⁵ Die Messung der materiellen Lebensbedingungen stellt seit Langem eine Herausforderung in der sozialwissenschaftlichen Forschung dar. In dieser Erhebung wurde das Einkommen nicht als Indikator herangezogen, da die Erfahrung gezeigt hat, dass einkommensbezogene Fragen häufig schwierig zu beantworten sind und zu grundlegenden Problemen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der erhobenen Daten führen können.

Universität Wien. (2022). *Sensiyo – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 119. Abrufbar unter: <http://sensiyo.univie.ac.at/>

¹²⁶ Universität Wien. (2022). *Sensiyo – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 120. Abrufbar unter: <http://sensiyo.univie.ac.at/>

¹²⁷ <https://www.caritas.at/spenden-helfen/auslandshilfe/auslandsprojekte/europa/detail-auslandsprojekt-europa/news/72626-bildung-schenkt-roma-kindern-zukunft-rumaenien//>

2.7. Soziale Dienstleistungen

2.7.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Soziale Dienstleistungen werden im Rahmen der NRSF nicht als eigenständiges oder vorrangiges Handlungsfeld ausgewiesen. Die gewählten Ansätze ermöglichen jedoch ein differenzierteres Verständnis von Armut unter Rom*nja in Österreich, da sie die Grenzen traditioneller einkommensbasierter Indikatoren anerkennen und die subjektiven sowie praktischen Dimensionen wirtschaftlicher Unsicherheit hervorheben. Soziale Unterstützung wird in Österreich grundsätzlich in einem allgemeinen Sinn für alle Bürger*innen vorgesehen, was auch für Rom*nja gilt. Dennoch fallen sie häufig durch das Raster, da ihnen aufgrund fehlender Voraussetzungen für Leistungsansprüche oder anderer Zugangshürden der tatsächliche Zugang zu Unterstützungs- oder Beratungsangeboten erschwert ist.¹²⁸

2.7.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Die österreichischen Sozialdienste verfügen auf regionaler oder kommunaler Ebene in der Regel über keine spezifische Strategie, die darauf abzielt, die Roma-Bevölkerung gezielt zu erreichen und bestehende Benachteiligungen auszugleichen. Die Volkshilfe, eine österreichische zivilgesellschaftliche Organisation, die soziale Projekte unterstützt, bietet finanzielle Hilfen zur Bildungsförderung sowie Unterstützung in akuten Notlagen an.¹²⁹

2.8. Kinderschutz

2.8.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

In Österreich wird der Kinderschutz als ein Anliegen von allgemeiner gesellschaftlicher Bedeutung betrachtet. Das Bundesministerium für Frauen und Integration hat eine spezielle Richtlinie zum Thema Kinderschutz veröffentlicht; diese richtet sich jedoch nicht ausdrücklich an Roma-Kinder.¹³⁰

2.8.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Roma-Organisationen greifen das Thema Kinderschutz im Rahmen der Sozialberatung sowie durch Sozialarbeiter*innen auf, die Eltern und ihre Kinder unterstützen und beraten. In Österreich bestehen verschiedene Sensibilisierungskonzepte im Bereich des Kinderschutzes, ebenso wie von öffentlichen Stellen finanzierte Veranstaltungen und Schulungen für Eltern und Betreuungspersonen.¹³¹ Seit mehr als 20 Jahren stellt die Broschüre „(K)ein sicherer Ort“ ein zentrales Arbeitsinstrument im Kinderschutz dar. Sie informiert über unterschiedliche Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und schärft das Bewusstsein dafür, wie Anzeichen körperlicher, sexualisierter oder psychischer Gewalt erkannt werden können. Zudem behandelt die Broschüre Melde- und Anzeigepflichten für Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, und richtet sich insbesondere an Angehörige der pädagogischen, psychosozialen und medizinischen Berufe.

Kinderschutzzentren sind in ganz Österreich etabliert. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Beratung, Krisenintervention und Psychotherapie in Fällen von Gewalt oder Verdacht auf Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Bei Bedarf werden auch rechtliche Unterstützung, Besuchsbegleitung und Kinderberatung angeboten. Diese Leistungen richten sich sowohl an betroffene Kinder und Jugendliche als auch an deren Familien und Betreuungspersonen, einschließlich der gewaltausübenden Personen, sowie an alle, die in ihrem beruflichen oder privaten Umfeld mit Gewalt gegen Kinder und Jugendliche konfrontiert sind. Unter Gewalt werden

¹²⁸ Universität Wien. (2022). *Sensiyo – Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich*, S. 120. Abrufbar unter: <http://sensiyo.univie.ac.at/>

¹²⁹ Volkshilfe Österreich. (o.D.). *Finanzielle Unterstützung für Roma und Sinti*. Abrufbar unter: <https://www.spendeninfo.at/finanzielle-unterstuetzung-fuer-roma-und-sinti-volkshilfe+2400+1122635>

¹³⁰ Bundeskanzleramt Österreich. (o.D.). *Sonderrichtlinie für Gewaltschutz und Prävention*. Abrufbar unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/familie/begleitung-beratung-hilfe/gewalt-in-familie/foerderung-kinderschutz-und-gewaltpraevention.html>

¹³¹ <https://www.schutzkonzepte.at/kinderschutz-in-oesterreich/>

physische, psychische und sexuelle Gewaltformen sowie Vernachlässigung verstanden.¹³² Das österreichische Kinderschutzsystem wurde bislang jedoch nicht gezielt an die spezifischen Bedürfnisse oder potenziellen Zugangshürden von Roma-Kindern angepasst. Es existieren keine spezifischen Maßnahmen, die darauf abzielen, diese Kinder gezielt zu erreichen oder bestehende Benachteiligungen auszugleichen.

2.9. Förderung (der Bewusstseinsbildung) der Roma-Kunst, -Kultur und -Geschichte

2.9.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

In Österreich finden zahlreiche Festivals und Veranstaltungen statt, die der Förderung und Sichtbarmachung der Roma-Kultur dienen. Das Festival Romano Svato: E bistrarde, ein Theaterfestival, wird von mehreren österreichischen Organisationen sowie vom Bundesministerium für Kunst unterstützt.¹³³

Der 8. April erinnert an die Anfänge der Roma-Bürgerrechtsbewegung und an den Ersten Welt-Roma-Kongress, der am 8. April 1971 in London stattfand.¹³⁴ Anlässlich dieses Gedenktages werden jährlich mehrere, durch öffentliche Mittel geförderte, Veranstaltungen organisiert. So fand im Jahr 2024 die Gedenkveranstaltung „ROMNJAKraft.Sor – Erinnerung – Wandel – Aufbruch“ statt,¹³⁵ während im Jahr 2025 das Attentat auf Rom*nja im Burgenland im Jahr 1995 im Mittelpunkt stand.

Kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte und Diskussionsreihen, die von der Organisation „Voice of Diversity“ ausgerichtet werden, erhalten öffentliche Fördermittel. Darüber hinaus wurde der 2. August 2024 offiziell zum Nationalen Roma-Gedenktag erklärt. Dieser Tag dient dem Gedenken an die Opfer und soll insbesondere jüngere Generationen für die Geschichte und Gegenwart der Rom*nja sensibilisieren.

Im Jahr 2023 wurde die Ausstellung „Das österreichische Romanes“ gezeigt, die sich der Geschichte und Vielfalt der Roma-Sprache widmete.¹³⁶ Sie basierte auf dem digitalen Forschungsarchiv „The [Romani] Project“, das die Roma-Sprache dokumentiert und kuratiert. Das Projekt wird vorrangig über das Volksgruppen-Förderprogramm des Bundeskanzleramts finanziert. Die Ausstellung fand im österreichischen Parlament statt und unterstrich damit die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Themas.

In Burgenland wird zudem jährlich ein Roma-Ball veranstaltet, der von der Roma-Community organisiert und mit öffentlichen Mitteln gefördert wird.¹³⁷

2.9.2. Über die NRSF hinausgehende Maßnahmen zur Problembewältigung

Es bestehen mehrere Initiativen zur Förderung der Roma-Kultur, darunter ein „Romanes“-Sprachkurs, der in Wien angeboten wird.¹³⁸

¹³² <https://www.oe-kinderschutzzentren.at/qualitaetskriterien>

¹³³ <https://www.dschungelwien.at/festival-e-bistarde>

¹³⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Tag_der_Roma

¹³⁵ <https://www.parlament.gv.at/erleben/veranstaltungen/1192732?selectedtab=inhalt>

¹³⁶ <https://akademie-graz.at/programme/das-oesterreichische-romanies/>

¹³⁷ <https://hango-roma.at/projekte/>

¹³⁸ Romanes-Kurs in VHS Brigittenau, www.vhs.at

3. FOKUS AUF ZENTRALE PROBLEMBEREICHE, DIE ROM*NJA BETREFFEN

3.1. Zuweisung von Roma-Schüler*innen zu Sonderschulen

3.1.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

In den vergangenen zwei Jahren hat die Fehlzuweisung von Roma-Kindern an sogenannte Sonderschulen im österreichischen Bildungssystem deutlich zugenommen.¹³⁹ Dieses Thema wird in der NRSF weder erwähnt noch durch spezifische Maßnahmen adressiert. Der Anstieg der Fehlzuweisungen ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Erstens mangelt es dem Lehrpersonal häufig an Sensibilität gegenüber der Lebenssituation von Roma-Kindern – dies reicht von einem unzureichenden Verständnis der sozioökonomischen Rahmenbedingungen bis hin zu offener Diskriminierung.¹⁴⁰ Zweitens steht das österreichische Bildungssystem seit zwei Jahren unter erheblichem Druck, unter anderem durch den Zuzug zahlreicher Kinder aus der Ukraine und dem Nahen Osten sowie durch den Mangel an Lehr- und Fachkräften.¹⁴¹ Infolge dieser Überlastung greifen Lehrkräfte vermehrt zu drastischeren Maßnahmen, wie etwa der Zuweisung von Kindern in Sonderschulen. Der dritte Faktor ist das fehlende Wissen vieler Eltern über schulische Prozesse und rechtliche Abläufe, wodurch sie häufig Dokumente unterschreiben, ohne deren Inhalt oder Konsequenzen vollständig zu verstehen.¹⁴² Hinzu kommen Sprachbarrieren, da bei der schulpsychologischen Testung dieselben Verfahren auf Kinder mit und ohne ausreichende Deutschkenntnisse angewendet werden. Dadurch werden Kinder mit sprachlichen Defiziten teilweise nicht aufgrund tatsächlicher sonderpädagogischer Bedürfnisse, sondern wegen mangelnder Sprachkompetenz an Sonderschulen überwiesen.¹⁴³

Sensibilisierungsworkshops und Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulpersonal könnten dazu beitragen, Vorurteile gegenüber Roma-Kindern abzubauen und das Bewusstsein für die Herausforderungen zu schärfen, mit denen diese Kinder und ihre Familien konfrontiert sind. Obwohl einige Organisationen bereits thematische Schulungen und Vorträge anbieten, sind diese bislang nicht ausreichend flächendeckend oder systematisch. Darüber hinaus könnten strukturelle Verbesserungen im Bildungssystem – insbesondere der Abbau des Personal- und Fachkräftemangels – sowie ein stärkerer Fokus der Bildungsinstitutionen und Entscheidungsträgerinnen auf die spezifischen Problemlagen von Roma-Kindern zur Verringerung dieser Fehlzuweisungen beitragen.

3.1.2. Synergien mit anderen Maßnahmen

Hinsichtlich der Zuweisung von Rom*nja-Kindern zu Sonderschulen sind bislang keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Romano Centro unterstützen Eltern im Rahmen ihrer Beratungsangebote, wenn deren Kinder ungerechtfertigt zu Sonderschulen zugewiesen wurden oder von einer solchen Zuweisung bedroht sind. Leider liegen zu diesem Thema weder statistische Daten noch wissenschaftliche Studien oder Fachartikel vor. Die in diesem Bericht dargestellten Informationen stammen daher aus anderen Quellen – insbesondere von Schulmediatorinnen, Sozialarbeiterinnen und Aktivistinnen aus Roma-NGOs, die mit diesen Problemen täglich konfrontiert sind.¹⁴⁴

Darüber hinaus tragen Lernförderprojekte, die von mehreren Roma-Organisationen angeboten werden, dazu bei, die schulischen Leistungen von Roma-Schüler*innen zu verbessern. Viele Kinder werden in Sonderschulen oder Sonderklassen eingestuft, weil ihre Eltern nicht über ausreichende zeitliche Ressourcen, Sprachkenntnisse oder fachliche Kompetenzen verfügen, um sie im Lernprozess angemessen zu unterstützen. Seit April 2021 bietet das

¹³⁹ Diese Informationen basieren auf Angaben, die im Rahmen von Interviews mit einer Roma-Schulmediatorin, einer Sozialarbeiterin und einer Roma-Aktivistin erhoben wurden (Interview mit der Roma-Schulmediatorin; Interview mit der Aktivistin 1).

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Interview mit Aktivistin 1.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ Der letzte wissenschaftliche Artikel zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 2008:
Luciak, M. (2008). *Roma in Sonderschulen – eine Herausforderung für die Heilpädagogik Mittel- und Osteuropa*.

Bundesministerium für Bildung kostenlose Telefon- und Video-Dolmetschdienste in 61 Sprachen an, um die Kommunikation zwischen Eltern, Schüler*innen und Lehrkräften zu erleichtern.¹⁴⁵ Es liegen jedoch bislang keine Daten vor, inwieweit diese Maßnahme zur Verbesserung der Situation beigetragen hat.

3.1.3. Rom*nja-Partizipation

In den vergangenen Jahren hatten Vertreter*innen von Roma-Organisationen über die Roma-Dialogplattform, die von der Nationalen Roma Kontaktstelle (NRCP) organisiert wird, die Möglichkeit, sich in bildungspolitische Entscheidungsprozesse einzubringen. In den letzten zwei Jahren fanden drei Dialogplattformen statt, von denen zwei thematisch den Bildungsbereich betrafen.¹⁴⁶ Die Themen dieser beiden Plattformen lauteten „Romanes Sprache und Identität“ sowie „Genozid an Roma und Sinti und dessen Vermittlung im Schulunterricht“. Bei diesen Treffen diskutieren Vertreter*innen staatlicher Institutionen mit Vertreter*innen von Roma-Organisationen über aktuelle Fragestellungen. In der Praxis haben Rom*nja jedoch nur begrenzten Einfluss auf die tatsächlich getroffenen Entscheidungen. Beide befragten Aktivistinnen gaben an, keinen Einfluss auf die Themenauswahl oder die Ergebnisse der Diskussionen innerhalb der Roma-Dialogplattform zu haben.¹⁴⁷ Die Festlegung der Themen und Arbeitsmethoden erfolgt nicht in Konsultation mit Roma-Verbänden, sondern ausschließlich in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Volksgruppenbeirats der Roma.

Einmal jährlich organisiert das Bundesministerium für Bildung das sogenannte Forum Minderheitenschulwesen, bei dem Fragen zum Unterricht in Minderheitensprachen im österreichischen Bildungssystem behandelt werden.¹⁴⁸ An diesem Forum nehmen sowohl Vertreter*innen aus dem Bildungsbereich als auch Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Die NRSF sieht ausdrücklich die Einbindung von Roma-Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in die Arbeit dieses Forums vor. Nach Angaben befragter Roma-Organisationen aus Wien ist ihnen dieses Forum jedoch nicht bekannt; sie nehmen weder aktiv noch passiv an dessen Arbeit teil. Inhaltlich konzentriert sich das Forum Minderheitenschulwesen vorwiegend auf den zweisprachigen Unterricht in Burgenland und Kärnten. Das Thema der Zuweisung von Roma-Schüler*innen zu Sonderschulen wurde dort bislang nicht behandelt. Abgesehen von der Roma-Dialogplattform sind weder Einzelpersonen aus der Roma-Community noch Roma-Organisationen in Arbeitsgruppen oder Strukturen öffentlicher Institutionen eingebunden, die an der Umsetzung der nationalen Strategie im Bildungsbereich mitwirken.

Auch innerhalb der Roma-Dialogplattform wurde die Problematik der Zuweisung von Kindern zu Sonderschulen bislang nicht thematisiert. Obwohl die NRSF die Einbindung zivilgesellschaftlicher Roma-Vertreter*innen in die Arbeit des Forum Minderheitenschulwesen ausdrücklich vorsieht, ist derzeit keine Beteiligung von Roma-Organisationen oder Einzelpersonen an Diskussionen, Projekten oder Programmen im Zusammenhang mit Sonderschulen in Österreich bekannt.

3.2. Barrieren und erfolgreiche Ansätze zur Arbeitsmarktintegration von Rom*nja

3.2.1. Wirksamkeit der NRSF bei der Bewältigung der Herausforderungen

Die NRSF nennt als zentrale Ziele in diesem Bereich den Abbau von Hürden für die Beschäftigung sozial und wirtschaftlich benachteiligter Rom*nja, insbesondere für Frauen, sowie die Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Angehörige der Roma-Community. Die spezifischen Barrieren, die den Zugang von Rom*nja zum Arbeitsmarkt erschweren oder verhindern, stehen in engem Zusammenhang mit dem Bildungsbereich. Jahrhunderte der Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber Rom*nja in Österreich haben dazu geführt, dass Angehörige dieser Bevölkerungsgruppe im Durchschnitt über ein niedrigeres Bildungsniveau verfügen als die Mehrheitsbevölkerung – was sich unmittelbar auf ihre Arbeitsmarktchancen auswirkt. Wie von befragten Expert*innen hervorgehoben wurde, beeinträchtigen die oftmals ungünstigeren Ausgangsbedingungen und das insgesamt niedrigere Bildungsniveau vieler Rom*nja weiterhin ihre Position auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Diese Situation wird zusätzlich durch teilweise fortbestehende, wenn auch subtilere Formen der

¹⁴⁵ Interview mit dem Vertreter der zuständigen Behörde im Schwerpunktbereich 2;
<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/videodolmetsch.html>

¹⁴⁶ Das waren die Roma Dialogplattformen 31 und 32: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie/dialogplattform-roma-strategie.html>

¹⁴⁷ Interview mit Aktivistin 1; Interview mit Aktivistin 2.

¹⁴⁸ <https://www.bildung-bgld.gv.at/news-presse/detail/article/forum-minderheitenschulwesen-2024>

Diskriminierung durch Arbeitgeber*innen verschärft. Nach Aussage einer Aktivistin äußert sich dies in schlechteren Arbeitsbedingungen, geringeren Löhnen und einer insgesamt prekären Beschäftigungssituation, die zur weiteren Benachteiligung beiträgt.¹⁴⁹

Die Wechselbeziehung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt zeigt deutliche Unterschiede zwischen immigrierten und autochthonen Rom*nja. Rom*nja aus anderen Ländern sehen sich in Österreich mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert – insbesondere mit Sprachbarrieren und Problemen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. In der Folge nehmen viele von ihnen Tätigkeiten unter ihrem tatsächlichen Qualifikationsniveau auf. Eine der befragten Aktivistinnen betonte, dass die Anerkennung von Diplomen – insbesondere von Lehrabschlussprüfungen – für diese Gruppe von zentraler Bedeutung sei. Als Hauptprobleme nannte sie den Mangel an Information über das Anerkennungsverfahren sowie über die zuständigen Stellen und Unterstützungsangebote.¹⁵⁰ Dies betrifft Abschlüsse sämtlicher Bildungsniveaus, insbesondere aber Lehrabschlüsse.

Darüber hinaus wirken sich ungelöste finanzielle und soziale Problemlagen erheblich negativ auf die Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration von Rom*nja aus. Die infolge der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine angestiegene Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten haben die ohnehin prekäre finanzielle Lage vieler Betroffener weiter verschärft. Zu den häufig genannten Belastungen zählen finanzielle Instabilität, Schulden, Exekutionsverfahren, unbezahlte Heiz- und Mietkosten sowie mitunter die Unfähigkeit, grundlegende Lebenshaltungskosten wie Nahrungsmittel zu decken.¹⁵¹ Auch soziale Problemlagen, mit denen Berater*innen in Roma-Organisationen regelmäßig konfrontiert sind, erschweren die Arbeitsmarktintegration zusätzlich. Dazu gehören ungeklärte Arbeitserlaubnisse, instabile familiäre Verhältnisse, fehlende Kinderbetreuung, ungelöste Wohnungsprobleme sowie psychische Belastungen der Betroffenen und mehr.¹⁵² Die Bewältigung dieser sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen ist oftmals eine Grundvoraussetzung, damit Rom*nja überhaupt über eine Arbeitsaufnahme nachdenken oder als arbeitsmarktfähig gelten können.

Eine der befragten Aktivistinnen wies darauf hin, dass patriarchale und kulturelle Faktoren nach wie vor negative Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation von Rom*nja, insbesondere von Frauen, haben.¹⁵³ Patriarchale und konservative Vorstellungen über die Rolle der Frau in Familien sind zwar deutlich weniger verbreitet als früher, erschweren aber weiterhin die Bemühungen Barrieren zu beseitigen und die Beschäftigungsquote von Romnja zu erhöhen. Zudem besteht innerhalb der Roma-Community häufig ein Mangel an Informationen über bestehende Beschäftigungsmöglichkeiten und staatliche Unterstützungsprogramme. Diese Informationsdefizite beeinträchtigen die Chancen auf eine angemessene Erwerbstätigkeit erheblich.

Die Praxis hat gezeigt, dass die Lösung alltäglicher sozialer und finanzieller Probleme und die Stabilisierung der Lebensbedingungen der Rom*nja eine entscheidende Voraussetzung für ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt sind. Durch den ganzheitlichen Ansatz, den viele zivilgesellschaftliche Organisationen in ihren arbeitsmarktbezogenen Projekten verfolgen, und durch ihr Verständnis für den sozialen und kulturellen Hintergrund der Zielgruppe konnten in diesem Bereich bereits spürbare Fortschritte erzielt werden.¹⁵⁴ Entsprechende Projekte, Maßnahmen und Programme sollten daher weiterhin unterstützt und ausgebaut werden.

Positiv hervorzuheben sind auch Projekte zur Qualifizierung und beruflichen Integration von Rom*nja, wie jene des BFI Wien¹⁵⁵ und der VHS Brigittenau,¹⁵⁶ die mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit

¹⁴⁹ Interview mit Aktivistin 2.

¹⁵⁰ Ebenda.

¹⁵¹ Interview mit Aktivistin 2; Interview mit Aktivistin 1; Interview mit Expert*in.

¹⁵² Interview mit Aktivistin 1.

¹⁵³ Interview mit Aktivistin 2.

¹⁵⁴ Interview mit dem Vertreter der zuständigen öffentlichen Behörde im Schwerpunktbereich 1.

¹⁵⁵ Für mehr Details zum Projekt „Roma Empowerment für den Einzelhandel“ siehe:

<https://www.bfi.wien/arbeitsuchende/kurs/roma-empowerment-fuer-den-einzelhandel#:~:text=Das%20Projekt%20%20%20%9ERoma%20Empowerment%20f%C3%BCr,au%C3%9Ferordentlichen%20Lehrabschlusse%20im%20Bereich%20Einzelhandel>

¹⁵⁶ Für mehr Details zum Projekt „EmpowerRom*nja: Chancengelegenheit durch Qualifizierung“ siehe:

<https://www.vhs.at/de/b/2024/04/05/romnia>

und Wirtschaft umgesetzt werden. Diese Programme haben nachweislich positive und unmittelbare Effekte erzielt.¹⁵⁷ Die Expertin weist darauf hin, dass künftig verstärkt Projekte gefördert werden sollten, die Rom*nja den Zugang zu höher qualifizierten und besser entlohnnten Tätigkeiten ermöglichen, anstatt sich, wie bisher oft der Fall, auf weniger attraktive oder gering entlohnte Arbeitsfelder zu konzentrieren.¹⁵⁸

Schließlich sollte auch der Zugang zu Informationen für Angehörige der Roma-Community verbessert werden. Dies betrifft insbesondere Informationen über Aus- und Weiterbildungsangebote, arbeitsmarkt- und bildungsbezogene Förderprogramme, Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen sowie zu Organisationen, die in diesen Prozessen unterstützend tätig sind.

Programme und Projekte, die die Stärkung von Frauen fördern sowie traditionelle und konservative Rollenbilder hinterfragen, können maßgeblich zur besseren Integration von Roma-Frauen in den Arbeitsmarkt beitragen. Ebenso sollten Programme und Workshops, die das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung und den Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Lebensqualität schärfen, in größerem Umfang für Mitglieder der Roma-Community angeboten werden. Darüber hinaus würde die Motivation von Einzelpersonen durch Beratung, insbesondere Frauen und Jugendliche, sowie das Angebot von Deutschkursen, wesentlich zum Abbau bestehender Barrieren und zur Verbesserung der Gesamtsituation beitragen. Beratung, Workshops und Sprachförderung gehören bereits zu den Maßnahmen, die zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) im Rahmen ihrer arbeitsmarktbezogenen Projekte für Männer, Frauen und Jugendliche umsetzen.¹⁵⁹ Die Vereinigung Romano Centro bietet seit vielen Jahren spezialisierte Frauenberatung als eigenständiges, vom Bundeskanzleramt finanziertes Projekt an.¹⁶⁰

Ein wesentlicher Teil der genannten Maßnahmen wird derzeit über Projekte umgesetzt, die vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) gefördert werden. Eine geografische und finanzielle Ausweitung dieser Projekte sowie die Einbindung weiterer Ministerien in die Förderung von Initiativen, die sich gezielt an die Roma-Community richten - nach dem Vorbild des BMAW -, wäre ein wichtiger Schritt zur Überwindung bestehender Hürden. Das Arbeitsmarktservice (AMS), als zentrale Institution zur Vermittlung zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, bietet derzeit keine spezifischen Maßnahmen oder Programme an, die sich gezielt an Rom*nja richten. Zudem ist das AMS bislang nicht in die vom Ministerium geförderten Arbeitsmarktprojekte für Rom*nja eingebunden, was die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation dieser Bevölkerungsgruppe zusätzlich erschwert.

3.2.2. Synergien mit anderen Maßnahmen

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) veröffentlichte am 8. September 2022 spezielle Richtlinien unter dem Titel „Roma Empowerment for the Labour Market 2022–2030“, um die Arbeitsmarktintegration von Rom*nja – „als anerkannter Volksgruppe und Minderheit mit spezifischen Herausforderungen am Arbeitsmarkt“ – zu fördern und ihre Teilhabe an der österreichischen Gesellschaft zu stärken.¹⁶¹ Die österreichische Regierung hat beschlossen, die Kofinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) für Projekte zur Integration von Roma in den österreichischen Arbeitsmarkt, die im Rahmen von zwei Ausschreibungen zwischen 2015 und 2022 durchgeführt wurden, einzustellen. Künftig sollen Projekte zur Beschäftigungsförderung und Arbeitsmarktintegration von Rom*nja ausschließlich auf nationaler Ebene, d. h. durch die österreichische Bundesregierung, finanziert werden. Diese Entscheidung stellt eine wesentliche Entlastung und Ermutigung für kleinere Roma-NGOs in Österreich dar. Die Projekte, die von 2015 bis 2022 vom ESF und vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft kofinanziert wurden, standen aufgrund der hohen buchhalterischen und technischen Anforderungen des ESF vor erheblichen Herausforderungen, was zur

¹⁵⁷ Interview mit Aktivistin 2.

¹⁵⁸ Interview mit Expertin.

¹⁵⁹ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie/dialogplattform-roma-strategie/30-dialogplattform-24-april-2023.html>; <https://www.romano-centro.org/arbeitsmarktprojekt>; <https://www.volkshilfe.at/roma-sinti/thara-dialogrunde/>

¹⁶⁰ <https://www.romano-centro.org/frauenberatung>

¹⁶¹ Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. (2022). *Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft 'Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2023–2030' [Special Guidelines of the Federal Ministry of Labour and Economy 'Roma Empowerment for the Labour Market 2023–2030']*. Available at: <https://www.bmaw.gv.at/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik.html>.

Schließung von zwei Roma-Organisationen führte und einer weiteren erhebliche Probleme bereitete.¹⁶² Administrative Hürden, bürokratische Verfahren, das Fehlen spezialisierter Verwaltungsstrukturen sowie finanzielle Vorleistungen vor Projektbeginn stellten für kleine Roma-Vereine wesentliche Hindernisse dar.¹⁶³

3.2.3. Rom*nja-Partizipation

Gemäß den oben genannten Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) werden bis zu zehn Projekte im Rahmen eines zweijährigen Förderzyklus mit einem Budget von 250.000 bis 270.000 Euro pro Projekt finanziert. Die Kontinuität und Stabilität dieser Projekte ist teilweise dadurch gewährleistet, dass die Finanzierung in vier zweijährigen Perioden bis 2030 vorgesehen ist. Sowohl Roma-Organisationen als auch nicht-Roma-NGOs, die teilweise in Kooperation mit Roma-Organisationen tätig sind, setzen im Rahmen ihrer Aktivitäten Projekte um, die den oben genannten Maßnahmen entsprechen und auf den Abbau von Beschäftigungsbarrieren sowie die schnellere und umfassendere Integration von Rom*nja in den Arbeitsmarkt abzielen. Im Rahmen des ersten Förderaufrufs Ende 2022 erhielten sieben Organisationen finanzielle Unterstützung für ihre Projekte. Im zweiten Aufruf für den Zeitraum 2025–2026 wurden zehn Organisationen ausgewählt. Zwei Roma-Organisationen fungieren als Projektträger, während zwei weitere als Projektpartner beteiligt sind. Sechs Projekte werden von größeren Nichtregierungsorganisationen¹⁶⁴ umgesetzt, in denen Rom*nja teilweise Schlüsselrollen in der Projektleitung oder -umsetzung übernehmen. Nach Einschätzung von Expertinnen und Aktivistinnen sind diese Projekte von hohem Mehrwert, da sie ausschließlich auf die spezifischen Bedürfnisse der Roma-Community zugeschnitten sind und die besonderen Lebensumstände von Rom*nja in Österreich berücksichtigen.¹⁶⁵

Im Zusammenhang mit der Beteiligung von Rom*nja und Roma-Organisationen an der Beseitigung von Barrieren und der Förderung der Arbeitsmarktintegration ist hervorzuheben, dass Roma-Organisationen an der 30. Roma-Dialogplattform teilgenommen haben, die dem Thema „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ gewidmet war. Über diese Plattform haben Roma-Vereine grundsätzlich Zugang zu politischen Diskussions- und Formulierungsprozessen; ihr tatsächlicher Einfluss auf die Entscheidungsfindung bleibt jedoch begrenzt. Nach Einschätzung von Expertinnen und Aktivistinnen ist eine stärkere und direktere Einbindung von Roma-Organisationen erforderlich – nicht nur bei der Auswahl der Themen und der Gestaltung der Diskussionen innerhalb der Roma-Dialogplattform, sondern auch in politische Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse.¹⁶⁶ Roma-Organisationen sind bislang nicht in die Evaluierung der Projekte eingebunden, die vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) finanziert werden. Konkret waren sie bei Projekten, die von 2015 bis 2022 gemeinsam vom ESF und dem österreichischen Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft finanziert wurden, nicht an der Evaluierung der Projekte oder der Entwicklung neuer politischer Maßnahmen in diesem Zusammenhang beteiligt – mit Ausnahme ihrer indirekten Mitwirkung über die Roma-Dialogplattform.

Hinsichtlich der seit Herbst 2022 ausschließlich durch das BMAW finanzierten Projekte ist laut Angaben des Ministeriums die erste Evaluierung für das Jahr 2025 vorgesehen.¹⁶⁷ Wie diese Evaluierung durchgeführt wird und ob Roma-Organisationen in den Prozess eingebunden werden, ist derzeit nicht bekannt.

¹⁶² Universität Wien. (2022). Sensiro –Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich, S. 50. Abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

¹⁶³ Ebenda.

¹⁶⁴ Diese großen NGOs sind: Volkshilfe Österreich, Volkshochschule Wien, Caritas Salzburg, BFI, Caritas Graz, and IP Center.

¹⁶⁵ Interview mit Expertin; Interview mit Aktivistin 2.

¹⁶⁶ Interview mit Aktivistin 2; Interview mit Aktivistin 1.

¹⁶⁷ Interview mit dem Vertreter der zuständigen öffentlichen Behörde im Schwerpunktbereich 1.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Die Nationale Strategie für Rom*nja (NRSF) zielt darauf ab, die strukturellen und systemischen Herausforderungen anzugehen, mit denen Roma-Gemeinschaften in Österreich konfrontiert sind. Ihr Schwerpunkt liegt auf den Bereichen Partizipation, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen und Antidiskriminierung. Obwohl in mehreren Handlungsfeldern Fortschritte erzielt wurden, verläuft die Umsetzung insgesamt uneinheitlich. Projekte wie die SENSIRO-Studie haben wertvolle Daten zu den Lebensrealitäten von Rom*nja bereitgestellt und bestehende Problembereiche – insbesondere Bildungsbenachteiligung, Arbeitslosigkeit und Diskriminierung – deutlich hervorgehoben.

Obwohl partizipative Mechanismen wie die Roma-Dialogplattform eingerichtet wurden, sind das Bewusstsein und die Beteiligung der Roma-Gemeinschaften nach wie vor begrenzt, insbesondere unter Frauen, Jugendlichen und Menschen aus weniger urbanisierten Regionen. Angesichts der Heterogenität der Roma-Gruppen stellt die Entwicklung gemeinsamer Positionen und Interessenvertretungen eine besondere Herausforderung dar. Ziel der Empowerment-Strategien sollte es sein, die verschiedenen Gruppen und ihre Vertreter*innen breit, eng vernetzt und abgestimmt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Derzeit fehlt es jedoch an einer strukturierten gemeinschaftlichen Koordinierung, in der sich alle Gruppen wiederfinden, vertreten fühlen und somit in zentralen Entscheidungsprozessen wirksam mitgestalten können.

Bildung und Beschäftigung zählen nach wie vor zu den dringendsten Problembereichen. Rom*nja sind überdurchschnittlich häufig von Schulabbrüchen und eingeschränktem Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung betroffen – insbesondere in den Bundesländern außerhalb Wiens und des Burgenlands. Sprachbarrieren, mangelnde kulturelle Sensibilität und strukturelle Vorurteile verschärfen diese Problemlagen zusätzlich. Im Bereich der Beschäftigung wurden sowohl durch das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft als auch durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) Fördermaßnahmen initiiert, die auf Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und begleitende Unterstützungsangebote abzielen. Dennoch haben Roma-geführte Organisationen aufgrund administrativer Hürden weiterhin Schwierigkeiten, auf diese Fördermittel zuzugreifen. Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz bleibt ein anhaltendes Problem, was die Notwendigkeit einer konsequenteren Durchsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und gezielter Unterstützung unterstreicht.

Die Umsetzung der NRSF bleibt auch in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und soziale Sicherung hinter den Erwartungen zurück. Viele Rom*nja haben nach wie vor eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdiensten, was sowohl auf Sprachbarrieren als auch auf systemische Hürden im Gesundheitswesen zurückzuführen ist. Diskriminierung am Wohnungsmarkt ist weit verbreitet, und Sozialleistungen sind aufgrund bürokratischer Hürden oft nicht zugänglich. Besonders kritisch ist, dass einige zentrale Problemfelder – wie die überproportionale Zuweisung von Romnja-Kindern zu Sonderschulen – im Rahmen der Folgemaßnahmen der NRSF nicht berücksichtigt werden.

Während die kulturelle Förderung und symbolische Anerkennung – etwa durch den Nationalen Roma-Gedenktag oder öffentliche Ausstellungen – die Sichtbarkeit der Rom*nja in der Gesellschaft verbessert haben, bleibt die NRSF bei der Beseitigung struktureller Ungleichheiten bislang unzureichend. In der Mehrheitsgesellschaft fehlt weiterhin ein breites Wissen über die Geschichte und Kultur der Rom*nja, und hinter verschlossenen Türen dominieren Vorurteile sowie ein geringes Interesse an den Lebensrealitäten dieser Bevölkerungsgruppe. Expert*innen fordern daher eine breitere Partizipation, eine nachhaltigere Finanzierung und ein verstärktes Engagement zur Bekämpfung des tief verankerten Antiziganismus in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Mit der SENSIRO-Studie, die den Umsetzungsprozess der NRSF wissenschaftlich begleitet, wurde ein wichtiger Schritt in Richtung evidenzbasierter Politikgestaltung gesetzt. Allerdings bleibt unklar, in welchem Ausmaß die gewonnenen Erkenntnisse tatsächlich in konkrete, überprüfbare Maßnahmen durch zuständige Akteur*innen – etwa Ministerien sowie regionale und kommunale Behörden – umgesetzt werden. Nach wie vor fehlt es an messbaren und überprüfbaren Indikatoren, anhand derer der Erfolg oder Fortschritt der NRSF bewertet werden kann. Darüber hinaus ist die Strategie selbst innerhalb der Roma-Community weitgehend unbekannt.

Empfehlungen an die nationalen Behörden

1. Die Umsetzung der Nationalen Strategie für Rom*nja sollte weiter professionalisiert werden, indem messbare Parameter definiert werden: Formulierung von Zielen mit quantifizierbaren Indikatoren, um

erzielte Fortschritte sichtbar zu machen, Erfolge hervorzuheben oder – falls erforderlich – eine strategische Neuausrichtung einzuleiten.

2. Was den Zugang von Rom*nja zum Arbeitsmarkt betrifft, sollten erfolgreiche arbeitsmarktbezogene Ansätze und Projekte wie die genannten ausgebaut und systematisch weiterentwickelt werden. Die bestehenden Sonderrichtlinien für Arbeitsmarktprojekte sind stärker mit den universellen Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice (AMS) zu verknüpfen, um den Zugang von Rom*nja zu allgemeinen Beschäftigungsangeboten zu erleichtern.
3. Segregation im Bildungsbereich verhindern und Inklusion stärken. Es ist besondere Aufmerksamkeit erforderlich, wenn Sonderschulen potenziell als Instrument zur Segregation von Rom*nja-Kindern eingesetzt werden. Inklusive Maßnahmen im Bildungswesen – etwa Schulmediation, Elternarbeit sowie evidenzbasierte Beobachtung von Schulwahl und -zuweisung nach sozialen Faktoren – sollten gezielt gestärkt werden, um Chancengleichheit zu fördern.
4. Diskriminierung im Bildungswesen erheben und Fortbildungen für Lehrkräfte, um Vorurteile abzubauen.
5. Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung zur NRSF ausbauen.

Empfehlungen an europäische Institutionen

6. Die europäischen Institutionen sollten weiterhin nachdrücklich auf die Einhaltung des europäischen Rahmens und die Erfüllung der damit verbundenen Indikatoren hinweisen.

Empfehlungen an die Zivilgesellschaft

7. Die Zivilgesellschaft sollte transparent und strukturiert arbeiten, um die Sichtbarkeit ihrer Tätigkeiten zu erhöhen und das Vertrauen in ihre Arbeit sowie in die Roma-Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken.
8. Der Aufbau tragfähiger Netzwerke – zwischen Rom*nja und Nicht-Rom*nja sowie zwischen verschiedenen Roma-Gruppen – ist wesentlich, um gemeinsame Ziele zu erreichen.
9. Regelmäßige Treffen und die Umsetzung gemeinsamer Projekte – auch in kleinem Rahmen – sollten stattfinden.

Empfehlungen an weitere Akteur*innen

10. An die Roma-Community: Mutig sein und aktiv an Angeboten für Rom*nja und die Mehrheitsbevölkerung teilnehmen, Unterstützung suchen und offen über Ängste, Erfahrungen und auch Vorurteile reden - in alle Richtungen.
11. An die Mehrheitsgesellschaft: Die Mehrheitsbevölkerung sollte neugierig sein, Fragen stellen und Lernbereitschaft zeigen – insbesondere im Hinblick auf Roma-Kultur und Romani-Sprache -, Rom*nja treffen, Ausstellungen und Theateraufführungen besuchen und an Veranstaltungen wie dem Nationalen Roma-Gedenktag teilnehmen.
12. Die Finanzierung von Studien zur Gesundheit der Rom*nja fortsetzen und den Empfehlungen für bereits umgesetzte Studien folgen.

REFERENZEN

Liste der Interviews

- Vertreter*in der Nationalen Roma-Kontaktstelle – schriftlich durchgeführt von Dejan Segić
- Lehrkraft für die Muttersprache Romanes an Wiener Schulen – persönlich durchgeführt von Dejan Segić
- Herr Jürgen Schick, Vertreter des Bundesministeriums der Republik Österreich für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) / Stellungnahme BMBWF vom 9. Dezember 2024 – schriftlich durchgeführt von Dejan Segić
- Herr Rolland Hanak, Leiter der Abteilung für bilaterale arbeitsmarktpolitische Kooperation im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft – schriftlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Dana Pajković, Psychotherapeutin, Soziologin und Projektleiterin des Arbeitsmarktprojekts „The Future Begins Today“ – persönlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Danijela Cicvarić, Roma-Aktivistin und Geschäftsführerin der Vereinigung Romano Centro – persönlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Flora Alvarado-Dupuy, Leiterin der Abteilung Advocacy for Equal Treatment der Gleichbehandlungsanwaltschaft (National Equality Body) – schriftlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Jelena Jovanović, Roma-Schulmediatorin bei der Vereinigung Romano Centro – persönlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Olga Voglauer, Abgeordnete zum Nationalrat (Die Grünen) und Sprecherin der Partei für Volksgruppen – schriftlich durchgeführt von Dejan Segić
- Frau Usnija Buligović, Roma-Aktivistin und langjährige Leiterin des Arbeitsmarktprojekts „THARA PASO PO PASO“ – persönlich durchgeführt von Dejan Segić

Wichtige politische Dokumente und Berichte

Bildungsdirektion Burgenland. (o.D.). *Minderheitenschulwesen 2022/23 – Jahresbericht*, abrufbar unter:
https://www.bildung-bgld.gv.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Download-Verwaltung/Minderheiten/Jahresberichte/MSW_BGLD_Jahresbericht_2022-23.pdf

Council of Europe. (2023). *Resolution CM/ResCMN(2023)14 on the implementation of the Framework Convention for the Protection of National Minorities by Austria (Adopted by the Committee of Ministers on 13 December 2023)*, abrufbar unter: <https://www.coe.int/en/web/minorities/austria>

Bundeskanzleramt Österreich. (2019). *Conference on anti-Gypsyism — _How to address anti-Gypsyism in a post-2020 EU Roma Framework — _Expert recommendations*, abrufbar unter:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

Bundeskanzleramt Österreich. (2021). *Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 – Strategie zur Fortführung der Inklusion der Roma in Österreich*, abrufbar unter:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie.html>

Bundeskanzleramt Österreich. (2023). *30. Dialogplattform, 24. April 2023 Dialogplattform mit dem Schwerpunktthema „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt“*, abrufbar unter:
<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volksgruppen/roma-strategie/dialogplattform-roma-strategie/30-dialogplattform-24-april-2023.html>

Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport. (2024). *Antirassismus-Strategie*, abrufbar unter: <https://www.bmkoes.gv.at/Themen/Aktuell/antirassismus-strategie.html>

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft. (2022). *Sonderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2023-2030“*, abrufbar unter:
<https://www.bmaw.gv.at/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik.html>

Luciak, M. (ed.) (2014). *Rombas Studienbericht. Zur Bildungssituation von Roma und Sinti in Österreich*. Initiative Minderheiten, abrufbar unter: https://initiative.minderheiten.at/wordpress/wp-content/uploads/2019/06/01_Rombas_Studie.pdf

Riesenfelder, A., Schelepa, S., & Wetzel, P. (2011). *Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien. Endbericht*, abrufbar unter:
https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Beschaeftigungssituation_von_MigrantInnen_2015.pdf

Roma Civil Monitor. (2022). *Civil society monitoring report on the quality of the national strategic framework for Roma equality, inclusion, and participation in Austria*. Publication Office of the European Union, abrufbar unter: <https://romacivilmonitoring.eu/countries/austria/>

Schmatz, S., & Wetzel, P. (2015). „Zugewanderte Roma/Romnja. Ein Blick auf deren Bildungs- und Beschäftigungssituation in Wien“, in: Härle, A. (ed.) *Romane Thana. Orte der Roma und Sinti*, Czernin Verlag.

SORA. (2023). *You Won the Lottery, You Are the First Austrian Who Called: Ethnic Discrimination on the Housing Market*.

Trummer, U., Novak-Zezula, S., Renner, A., & Wilczewska, I. (2016). *Cost analysis of health care provision for irregular migrants and EU citizens without insurance*. Im Auftrag von IOM, RO Brussels, Migration Health Division, abrufbar unter: http://c-hm.com/wp-content/uploads/2023/05/Policy_Brief_CHM_V12_Austria.pdf

Universität Wien. (2022) „*Sensiro*“ - Studie zur Evaluierung der nationalen Strategie zur Inklusion der Rom*nja in Österreich, abrufbar unter: <http://sensiro.univie.ac.at/>

Verein ZARA – _Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit. (2022). *Antirassismusreport (Anti-Racism Report)*, abrufbar unter: https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2022.pdf?mc_cid=3d2c6925c1&mc_eid=189739dd4d

Verein ZARA – _Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit. (2024). *Antirassismusreport. Analyse zu rassistischen Übergriffen & Strukturen in Österreich*.

ANNEX: LISTE DER PROBLEMBEREICHE UND RAHMENBEDINGUNGEN

Bekämpfung von Antiziganismus und Diskriminierung

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Antiziganismus ist in den nationalen Strategien nicht als eigenständiges Problem ausgewiesen.	erhebliches Problem	mit Einschränkungen erfasst	angemessen, jedoch verbesserungswürdig	angemessen, weist jedoch Verbesserungspotenzial auf	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Antirassismus-Strategie des Bundesministeriums für Kultur, Kunst, öffentlichen Dienst und Sport - Wirksamkeit der Maßnahmen: Noch zu früh, um eine Einschätzung vorzunehmen. - Reichweite der Maßnahmen: Online verfügbar. - Datenerhebung: Nicht bekannt.
Vorurteile gegenüber Rom*nja	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	Indirekte Maßnahmen	Indirekte Zielvorgaben	<ul style="list-style-type: none"> - Getroffene Maßnahmen: Feier des Internationalen Roma-Tages (8. April) und des Nationalen Minderheitentages (12. Dezember) im österreichischen Parlament; - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt – - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt – - Datenerhebung: nicht bekannt
Hasskriminalität gegen Rom*nja	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: DSA-Begleitgesetz (Digital Services Act – Begleitgesetz) - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt - Datenerhebung: nicht bekannt
Hassreden gegen und gegenüber Rom*nja (online und offline)	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	konkrete Pläne zur Prävention von Hassreden gegen Rom*nja	keine definierten Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: DSA-Begleitgesetz (Digital Services Act – Begleitgesetz) - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt - Datenerhebung: nicht bekannt
Geringe Wirksamkeit des Schutzes vor Diskriminierung	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	konkrete Pläne zur Prävention von Hassreden gegen Rom*nja	keine definierten Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: nicht bekannt - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt - Datenerhebung: nicht bekannt

Segregation in Bildung, Wohnen und öffentlichen Dienstleistungen	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	konkrete Pläne zur Prävention von Hassreden gegen Rom*nja	keine definierten Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: nicht bekannt - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt - Datenerhebung: nicht bekannt
Fehlverhalten und diskriminierendes Handeln von Polizeibehörden	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	konkrete Pläne zur Prävention von Hassreden gegen Rom*nja	keine definierten Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Schulung und Ausbildung von Polizeibeamten und Justizpersonal zu Hassverbrechen und Hassreden - Wirksamkeit der Maßnahmen: nicht bekannt - Reichweite der Maßnahmen: nicht bekannt - Datenerhebung: nicht bekannt

Bildung

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Hohe Abbruchquote vor Abschluss der Grundschulbildung	kritisches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	Implizite Maßnahmen zur Verhinderung von Schulabbrüchen vorhanden, jedoch unzureichend	angemessen, weist jedoch Verbesserungspotenzial auf	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: keine neuen Maßnahmen seit 2022 - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Vorzeitiger Abbruch der Sekundarschule	kritisches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	Implizite Maßnahmen vorhanden, jedoch unzureichend	angemessen, weist jedoch Verbesserungspotenzial auf	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: keine neuen Maßnahmen seit 2022 - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Sekundarschulbildung/ Berufsausbildung ohne Bezug zu den Anforderungen des Arbeitsmarktes	erhebliches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	angemessen, jedoch verbesserungswürdig	angemessen, weist jedoch Verbesserungspotenzial auf	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlplatzierung von Roma-Schüler*innen in Sonderpädagogik	kritisches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

Bildungssegregation von Roma-Schüler*innen	Erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Zunehmende Selektivität des Bildungssystems, die zu einer Konzentration von Roma- und anderen benachteiligten Schüler*innen in Bildungseinrichtungen geringerer Qualität führt	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Bilingualer Unterricht	erhebliche Probleme	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	angemessen, jedoch verbesserungswürdig	angemessen, weist jedoch Verbesserungspotenzial auf	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Bildungsdirektion Burgenland entwickelte digitale und analoge Unterrichtsmaterialien für den Romani-Sprachunterricht in Volks- und Sekundarschulen - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Beschäftigung

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Schlechter Zugang zu oder geringe Wirksamkeit von öffentlichen Arbeitsvermittlungsdiensten	kritisches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Jugendliche, weder in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung (NEET)	kritisches Problem	mit Einschränkungen erfasst	angemessen, jedoch verbesserungswürdig	implizite Maßnahmen vorhanden, jedoch verbesserungswürdig	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft geförderte Arbeitsmarktprojekte im Rahmen von „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2023–2030“ - Wirksamkeit der Maßnahmen: Evaluation im Jahr 2025 - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Eingeschränkter Zugang zu Weiterbildungen, Umschulungen, lebenslangem Lernen und Kompetenzentwicklung	erhebliches Problem	mit Einschränkungen erfasst	angemessen, jedoch verbesserungswürdig	implizite Maßnahmen vorhanden, jedoch verbesserungswürdig	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft geförderte Arbeitsmarktprojekte im Rahmen von „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2023–2030“ - Wirksamkeit der Maßnahmen: Evaluation im Jahr 2025 - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt durch Arbeitgeber*innen	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Gefährdung von Roma-Frauen und Mädchen aus benachteiligten Gebieten, Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu werden	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Hindernisse und Hemmnisse für die Beschäftigung (wie Verschuldung, geringes Arbeitseinkommen im Vergleich zum Sozialhilfeeinkommen)	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft geförderte Arbeitsmarktprojekte im Rahmen von „Roma Empowerment für den Arbeitsmarkt 2023–2030“ - Wirksamkeit der Maßnahmen: Evaluation im Jahr 2025 - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Gesundheitswesen

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Ausschluss aus der gesetzlichen Krankenversicherung (einschließlich Staatenloser, Drittstaatsangehöriger oder EU-Mobilitätsbegünstigter)	allochthone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus ⁵⁵	<ul style="list-style-type: none"> - erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert - im Zusammenhang mit anderen Themen und Zielen erwähnt, z. B. „Berücksichtigung von Roma-Themen“⁵⁶ 	<p>vorhanden, aber unzureichend</p> <p>keine klar definierten Maßnahmen, sondern allgemeine Maßnahmen, die für die Mehrheits-Gesellschaft geeignet wären</p>	<p>vorhanden, aber unzureichend</p> <p>keine klar definierten Maßnahmen, sondern allgemeine Maßnahmen, die für die Mehrheits-Gesellschaft geeignet wären</p>	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

	autochthone Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert				
Unzureichendes Angebot bzw. eingeschränkte Verfügbarkeit von Gesundheitsdiensten (einschließlich fehlender finanzieller Mittel zur Deckung von Selbstkosten im Gesundheitsbereich)	allochtone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter Zugang zur Notfallversorgung	allochtone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus. autochthone Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter Zugang zur medizinischen Grundversorgung	allochtone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

	<p>Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus.</p> <p>autochthone Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.</p>				
Eingeschränkter Zugang zu Schwangerschaftsvorsorge und -nachsorge	<p>allochtone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus.</p> <p>autochthone Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.</p>	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter Zugang zu gesundheitsbezogenen Informationen	<p>allochtone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus.</p> <p>autochthone Rom*nja erhebliches Problem,</p>	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

	das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.				
Schlechter Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen (Impfungen, Kontrolluntersuchungen, Vorsorgeuntersuchungen, Sensibilisierung für gesunde Lebensstile)	allochthon Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus. autochthon Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung sowie zu Angeboten der Familienplanung	allochthon Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus. autochthon Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Spezifische Barrieren beim Zugang zu besserer Gesundheitsversorgung für vulnerable Gruppen wie ältere Rom*nja, Rom*nja mit Behinderungen, LGBT+ Personen und andere	<p>allochthone Rom*nja kritisches Problem Es gibt zwar einige Organisationen in Wien, die Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, aber das Angebot reicht nicht für ganz Österreich aus.</p> <p>autochthone Rom*nja erhebliches Problem, das bereits angegangen und teilweise erfolgreich gelöst wurde – sie sind in das österreichische Gesundheitssystem integriert.</p>	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
---	---	----------------	-----------------	-----------------	--

Wohnwesen, grundlegende Dienstleistungen und Umweltgerechtigkeit

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Mangelnde bauliche Sicherheit von Wohnraum (baufällige oder slumähnliche Unterkünfte)	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlender Zugang zu Trinkwasser	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlender Zugang zu sanitären Einrichtungen	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

Fehlender Zugang zu Elektrizität	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkte oder fehlende öffentliche Müllabfuhr	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkte Heizmöglichkeiten (Familien können nicht alle Räume bzw. nicht durchgehend heizen) oder Nutzung fester Abfälle zum Heizen	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlende Rechtssicherheit des Wohnverhältnisses (unzureichend klare oder unsichere Eigentums- bzw. Nutzungsrechte)	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlender oder eingeschränkter Zugang zu sozialem Wohnbau	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Überbelegung (verfügbarer Platz/Raum für Familien)	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Wohnungsbezogene Verschuldung in einem Ausmaß, das zu Delogierung führen kann	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Wohnraum in segregierten Siedlungen/Stadtvierteln	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A.

					- Datenerhebung: k. A.
Wohnraum in informellen oder illegalen Siedlungen/Vierteln	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Exposition gegenüber gefährlichen Faktoren (Wohnen in von Naturkatastrophen gefährdeten oder umweltbelasteten Gebieten)	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter oder fehlender Zugang zum öffentlichen Verkehr	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter oder fehlender Internetzugang (z. B. fehlende öffentliche Internetzugangspunkte in benachteiligten Gebieten oder Regionen ohne Breitbandabdeckung)	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter oder fehlender Zugang zu Grünflächen	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Rom*nja von Umweltbeteiligung ausgeschlossen	erhebliche Probleme	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

Soziale Dienste

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Begrenzte Qualität, Kapazität und Vollständigkeit der von Sozialdiensten angebotenen Hilfe	kritisches Problem, Inanspruchnahme der allgemein verfügbaren sozialen Dienste	mit Einschränkungen erfasst, kein spezifischer Fokus auf die Bedürfnisse von Rom*nja	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Eingeschränkter Zugang zu sozialen Diensten: geringe Bekanntheit, eingeschränkte Erreichbarkeit (z. B. aufgrund von Reisekosten) oder begrenzte Verfügbarkeit	kritisches Problem, Inanspruchnahme der allgemein verfügbaren sozialen Dienste	mit Einschränkungen erfasst, kein spezifischer Fokus auf die Bedürfnisse von Rom*nja	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Dienstleistungserbringer wenden sich nicht aktiv an Bedürftige	kritisches Problem, versteckte Diskriminierung	mit Einschränkungen erfasst	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Begrenzte Fähigkeit der sozialen Dienste, effektiv mit anderen Einrichtungen (z. B. dem Arbeitsmarktservice) zusammenzuarbeiten, um Klient*innen zu unterstützen	Kritisches Problem, Rom*nja bringen offiziellen sozialen Diensten oder Behörden häufig kein Vertrauen entgegen, da sie Diskriminierung oder den Vorwurf der Kindesvernachlässigung und damit verbundene Konsequenzen befürchten	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Diskriminierung durch Anbieter sozialer Dienste	Kritisches Problem, Rom*nja bringen offiziellen sozialen Diensten oder Behörden häufig kein Vertrauen entgegen, da sie Diskriminierung oder den Vorwurf der Kindesvernachlässigung und	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

	damit verbundene Konsequenzen befürchten				
--	--	--	--	--	--

Kinderschutz

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Kinderschutz wird in der NRSF nicht berücksichtigt	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Die besondere Vulnerabilität von Roma-Kindern als Opfer von Gewalt wird nicht berücksichtigt	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Segregierte oder diskriminierende Kinderschutzdienste für Rom*nja	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Maßnahmen zur Stärkung der elterlichen Verantwortung und Kompetenzen	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Großflächige und diskriminierende Unterbringung von Rom*nja-Kindern in Einrichtungen der fruhkindlichen Betreuung	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fortbestehen großflächiger institutioneller Einrichtungen anstelle familienähnlicher Betreuungsformen	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	- getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHER MONITORINGBERICHT ZUR UMSETZUNG DER NATIONALEN ROMA-STRATEGIE
in Österreich

Hindernisse bei der Registrierung von Kindern; Staatenlosigkeit	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Voreingenommene Behandlung von Roma-Jugendlichen durch Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Unzureichende Partizipation von Kindern und Jugendlichen	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Förderung (des Bewusstseins für) Roma-Kunst, -Kultur und -Geschichte

Problembereiche und Rahmenbedingungen:	Bedeutung:	In der Strategie benannt:	Maßnahmen zur Bewältigung:	Definierte Ziele:	Relevante Umsetzungsaspekte der NRSF in Bezug auf das jeweilige Problem:
Geringes oder fehlendes Bewusstsein in der Allgemeinbevölkerung für den Beitrag der Roma-Kunst und -Kultur zum nationalen und europäischen Kulturerbe	kritisches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Ausschluss der Roma-Gemeinschaften aus den nationalen kulturellen Narrativen	erhebliches Problem	keine Relevanz	nicht vorhanden	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Die Geschichte und Kultur der Rom*nya ist weder in den Lehrplänen noch in den Schulbüchern für Roma- und Nicht-Roma-Schüler enthalten.	kritisches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	vorhanden (z.B. Einbeziehung von Roma-Ausstellungen in Schulen), aber zu wenig	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: k. A. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

Fehlende Einbeziehung der Romani-Sprache in den Schulunterricht sowie mangelnde Entwicklung der erforderlichen Lehrmaterialien und Ressourcen zur Bewahrung und Vermittlung der Romani-Sprache	erhebliches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	vorhanden (Roma-Schulmediation), aber nicht konkret genug und ohne finanzielle Planung	nicht vorhanden	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Bildungsdirektion Burgenland entwickelte digitale und analoge Unterrichtsmaterialien für den Romani-Sprachunterricht in Volks- und Sekundarschulen - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.
Fehlende Würdigung der Roma-Geschichte durch die Errichtung von Denkmälern, Gedenkveranstaltungen und die institutionelle Verankerung historisch bedeutsamer Gedenktage	erhebliches Problem	erwähnt, aber nicht ausreichend analysiert	vorhanden, aber unzureichend	allgemein gehaltene Ziele	<ul style="list-style-type: none"> - getroffene Maßnahmen: Im Januar 2023 erklärte das österreichische Parlament den Europäischen Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma zum nationalen Gedenktag in Österreich. Im November 2023 erweiterte das Parlament die Zuständigkeiten des Nationalfonds, einschließlich der Verantwortung für Planung, Errichtung und Erhaltung entsprechender Gedenkprojekte. - Wirksamkeit der Maßnahmen: k. A. - Reichweite der Maßnahmen: k. A. - Datenerhebung: k. A.

